



25. Sitzung

Freitag, den 17.02.2017

Mainz
in der Steinhalle des Landesmuseums

<i>Mitteilungen des Präsidenten</i>	1307	Abg. Steven Wink, FDP:	1326
AKTUELLE DEBATTE	1307	Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	1327
Solidarität mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei Opel – Auswirkungen der Übernahmepäne auf den Arbeitsmarkt in Rheinland-Pfalz		Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau: . . .	1328, 1329
auf Antrag der Fraktion der SPD		<i>Die Aktuelle Stunde wird dreigeteilt.</i>	1332
– Drucksache 17/2278 –	1307	<i>Jeweils Aussprache gemäß § 101 der Vorläufi- gen Geschäftsordnung des Landtags.</i>	1332
Abg. Alexander Schweitzer, SPD:	1307, 1312	Schleusern das Handwerk legen – Rückfüh- rungszentren in Nordafrika einrichten	
Abg. Christian Baldauf, CDU:	1308, 1313	Antrag der Fraktion der CDU	
Abg. Dr. Timo Böhme, AfD:	1309	– Drucksache 17/2247 –	1332
Abg. Steven Wink, FDP:	1309	Abg. Jaqueline Rauschkolb, SPD:	1332
Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN:	1310	Abg. Adolf Kessel, CDU:	1332
Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:	1311	Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:	1333, 1337
Brände, Risse, Altersschwäche – grenzna- he Schrottmöiler müssen umgehend abge- schaltet werden		Abg. Monika Becker, FDP:	1334
auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN:	1334
– Drucksache 17/2292 –	1313	Abg. Matthias Joa, AfD:	1335
Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	1313, 1319	Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz:	1336
Abg. Andreas Rahm, SPD:	1314, 1320	<i>Mehrheitliche Ablehnung des Antrags – Druck- sache 17/2247 –.</i>	1337
Abg. Michael Billen, CDU:	1315, 1321	Sicherstellung der Blutversorgung in Rheinland-Pfalz	
Abg. Matthias Joa, AfD:	1316	Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Abg. Marco Weber, FDP:	1317	– Drucksache 17/2255 –	1337
Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Ener- gie, Ernährung und Forsten:	1318	<i>Einstimmige Annahme des Antrags – Drucksa- che 17/2255 –.</i>	1337
Abg. Dr. Timo Böhme, AfD:	1322	Notwendige Klarstellung des Volksverhet- zungsparagrafen: Tatbestandserfüllung auch gegen Deutsche möglich	
Verpasste Chancen – nicht abgerufene Bundesgelder durch die Landesregierung für den Straßenbau		Antrag der Fraktion der AfD	
auf Antrag der Fraktion der CDU		– Drucksache 17/2259 –	1337
– Drucksache 17/2293 –	1323	<i>Antrag – Drucksache 17/2259 – von der antrag- stellenden Fraktion zurückgezogen.</i>	1337
Abg. Gabriele Wieland, CDU:	1323, 1330		
Abg. Benedikt Oster, SPD:	1324, 1331		
Abg. Jens Ahnemüller, AfD:	1325, 1332		

* * *

Präsidium:

Präsident Hendrik Hering, Vizepräsident Hans-Josef Bracht.

Anwesenheit Regierungstisch:

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin; Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten, Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung, Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport, Herbert Mertin, Minister der Justiz, Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur.

Entschuldigt:

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund, Abg. Gabriele Bublies-Leifert, AfD, Abg. Dr. Christoph Gensch, CDU, Abg. Horst Gies, CDU, Abg. Hedi Thelen, CDU, Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP; Clemens Hoch, Staatssekretär, Hans Beckmann, Staatssekretär.

**25. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 17.02.2017**

Beginn der Sitzung: 09:30 Uhr

Präsident Hendrik Hering:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie zur 25. Plenarsitzung recht herzlich begrüßen.

Schriftführende Abgeordnete sind die Abgeordneten Dr. Susanne Ganster und Giorgina Kazungu-Haß. Frau Dr. Ganster wird die Rednerliste führen.

Entschuldigt fehlen heute Frau Landtagsvizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund, die Abgeordneten Gabriele Bublies-Leifert, Dr. Christoph Gensch, Horst Gies, Hedi Thelen, Cornelia Willius-Senzer sowie die Staatssekretäre Hans Beckmann und Clemens Hoch.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich rufe **Punkt 18** der Tagesordnung mit dem ersten Thema auf:

AKTUELLE DEBATTE

**Solidarität mit den Arbeitnehmerinnen und
Arbeitnehmern bei Opel – Auswirkungen der
Übernahmepläne auf den Arbeitsmarkt in
Rheinland-Pfalz**

auf Antrag der Fraktion der SPD
– Drucksache [17/2278](#) –

Es spricht Herr Abgeordneter Schweitzer für die SPD-Fraktion.

Abg. Alexander Schweitzer, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, guten Morgen, meine Damen und Herren! Solidarität mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei Opel, die an den Standorten in Rüsselsheim und Kaiserslautern beschäftigt sind, soll nicht nur das Thema dieser Aktuellen Debatte sein, sondern das leitet uns als sozialdemokratisch geführte Landesregierung insgesamt.

Ich komme gerade aus einem Gespräch, das ich mit Kolleginnen und Kollegen meiner Fraktion mit unserer Arbeitsministerin und ihrem Staatssekretär sowie mit Vertretern des Betriebsrats von Opel in Kaiserslautern hatte. Auch da ist deutlich geworden, dass wir im Interesse der Jobs, der Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze am Standort in Rheinland-Pfalz alle weiteren Schritte, die wir in Rheinland-Pfalz gehen können, gemeinsam gehen wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich hat es uns erst einmal wie ein Schock berührt, als wir die Nachrichten aufgenommen haben, die urplötzlich gekommen sind, dass sich GM von Opel trennen möchte und es offensichtlich schon konkrete Gespräche mit

PSA, mit dem französischen Automobilkonzern, der für die Marken Citroën und Peugeot steht, gibt. Uns kann auch nicht schmecken, dass Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitnehmerschaft ebenfalls über die Medien, über Twitter, davon erfahren haben.

Das erste Gefühl war, das fängt nicht gut an, das kann nicht gut enden. Ich habe heute aber den Eindruck,

- dass man mit Blick auf die Qualität der Arbeit, die an den Standorten von Opel in Deutschland geleistet wird, mit viel Selbstbewusstsein in diese Gespräche gehen kann,
- dass auch eine Chance darin liegt,
- dass man zur Kenntnis nehmen muss, dass General Motors nie wirklich Anschluss an den europäischen Markt gefunden hat,
- dass sie nie wirklich Anschluss an die Diskussionen zu den Produkt- und Entwicklungsmöglichkeiten von Automobilen in Europa gefunden haben,
- dass sich die Branche natürlich auch massiv verändert hat oder sich in Veränderungsprozessen befindet, auch ausgelöst durch den Dieselskandal bei VW,
- dass die Frage der Elektrifizierung eine ganz besondere Rolle spielt und
- dass es natürlich ein amerikanischer Automobilkonzern mit Blick auf den nordamerikanischen Markt und den europäischen Markt schwierig finden wird, eine gemeinsame Produktpalette so zu entwickeln, dass die Produkte, die man auf den Markt bringt, bei beiden Kundenstämmen tatsächlich immer gut ankommen.

Wenn man sich anschaut, wie zum Teil deckungsgleich die Produktpalette von PSA in Frankreich mit der von Opel ist, dann kann man auch sehen, wo die Chancen liegen. Es ist nicht so, dass wir vor allem über Kannibalisierung reden müssen, was mancher Experte in diesen Tagen den Medien nach dem Motto zu Protokoll gibt: Es kann nicht angehen, dass ein französischer Konzern und ein deutscher Konzern unter einer deutschen Marke gemeinsam Produkte entwickeln und am Ende beide davon profitieren.

Es gibt aber Beispiele dafür – schauen Sie sich VW an –, wie man mit unterschiedlichen Marken auf einer gleichen gemeinsamen Plattform unterschiedliche Branchen in unterschiedlichen Märkten gemeinsam erreichen kann. Es kann also diese Produkttiefe durch Kooperation erreicht werden. Genau das ist der Weg, den wir gemeinsam mit den Arbeitnehmervertretungen für Opel und PSA sehen. Meine Damen und Herren, da liegt die Chance für die Jobs in Deutschland und in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin sehr froh, dass auch durch das Gespräch, das wir heute Morgen hatten, deutlich geworden ist, wo die

Chance liegt, nämlich dass wir eine starke Mitbestimmung haben. Es sind die Betriebsräte, die jetzt zur Stunde – vergangene Nacht zu Beginn der Nachtschicht, jetzt, wenn die Frühschicht angefangen hat – die Kolleginnen und Kollegen informieren. Es sind die Betriebsräte, die dafür sorgen, Leute, bleibt gelassen; wir sind stark, wir können was, wir sind mit guten Produkten am Markt, und diese Stärke wollen wir einbringen.

Natürlich muss sich das aber auch fortsetzen. Ich erwarte schon von denen, die Verantwortung haben, dass sie den weiteren Weg offen und transparent mit den Arbeitnehmervertretungen abstimmen und die Chance sehen, dass ein starkes mitbestimmtes Unternehmen mit Selbstbewusstsein in diese Gespräche gehen kann. Erste Bemerkung.

Zweite Bemerkung: Natürlich ist es auch so, dass Politik ihre Rolle hat. Ich bin sehr, sehr froh, dass die beiden zuständigen Bundesministerinnen – Andrea Nahles für Arbeit und Brigitte Zypries für Wirtschaft – sehr schnell gesagt haben: Wir führen die Gespräche mit unseren Amtskollegen. – Ich will auch deutlich darauf hinweisen, dass es nur Minuten gedauert hat, bis unsere Ministerpräsidentin die Gespräche geführt hat, die man führen kann, und aus Rheinland-Pfalz deutlich wird: Wir wollen die Standorte erhalten, wir wollen die Marke erhalten, und wir wollen die Jobs in Rheinland-Pfalz erhalten. – Das muss auch die Botschaft in dieser Debatte heute Morgen sein.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unser Weg ist es, im Gespräch mit den französischen Kolleginnen und Kollegen, auf der Ebene der Gewerkschaften, der Parlamente, aber auch der politischen Parteien unseren Teil dazu beizutragen, dass Verständnis dafür entsteht, dass Opel kein kranker Mann ist, keine kranke Frau ist,

(Glocke des Präsidenten)

sondern dass es eine starke Marke ist, die sich einbringen und auch etwas leisten kann. Genau darum soll es auch in dieser Debatte gehen.

Danke für die Aufmerksamkeit bis hierher.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Wir dürfen Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen. Passend zum Thema Vertreter des Betriebsrats von Adam Opel. Herzlich willkommen bei uns im Landtag!

(Beifall im Hause)

Darüber hinaus dürfen wir die Rentnergemeinschaft Neuwieder Geländerverein e. V., Neuwied, begrüßen. Herzlich willkommen bei uns im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Baldauf das Wort.

Abg. Christian Baldauf, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Unser aller Interesse muss sein, die Standorte in Kaiserslautern und Rüsselsheim zu erhalten.

(Beifall der CDU und bei SPD, FDP und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube – da gebe ich meinem Vorredner recht –, dass dies nur zusammen gehen wird. Lieber Herr Kollege Schweitzer, dazu gehören neben Frau Zypries und Nahles aber auch Frau Merkel und Herr Bouffier. Deshalb wäre es gut, wenn wir es uns angewöhnen würden, alle Personen, die hier etwas bewegen können, zu erwähnen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU –
Unruhe bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Ich selbst kann für uns als Fraktion sagen: Wir haben auch in der Vergangenheit immer ein klares Bekenntnis zu den Standorten abgegeben. – Wir haben jetzt eine Situation, in der wir uns als Politiker in diesem Raum auch fragen müssen, was wir selbst an Unterstützung leisten können, damit die Standorte an diesen beiden Orten erhalten bleiben.

Da darf man nicht verhehlen, dass es bei Opel eine Geschichte gibt, die viele, aber nicht alle kennen, die in den vergangenen Jahren sehr schwierig war. Sie hat sogar schon 1929 in der Wirtschaftskrise mit der Frage begonnen, wieso damals die Patente in die USA gingen. Da ging es mit General Motors los. Ich habe selbst im Jahre 2007 die Frage miterlebt – viele der Kolleginnen und Kollegen auch –, ob Magna die Firma Opel übernimmt.

All dies waren schwierige Zeiten. Weil heute auch der Betriebsrat anwesend ist, kann ich sagen: Es war in der Vergangenheit schon immer so gewesen, dass man alles darangesetzt hat, die Arbeitsplätze und die Standorte zu sichern. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, man darf auch nicht vergessen, dass hinter der Firma Opel an den Standorten auch sehr viele Arbeitsplätze bei den Zulieferern stehen und vorgehalten werden. Deshalb trägt genau diese Firma zur Wertschöpfung nicht nur in Kaiserslautern und Rüsselsheim, sondern in Gesamtdeutschland bei. Deshalb wollen wir alles dafür tun, dass die Standorte gesichert, ja am besten gestärkt werden.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der SPD
sowie des Abg. Uwe Junge, AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man dann überlegt, was in den nächsten Tagen zu tun ist und wie es sich entwickeln kann, glaube ich, dass in einer solchen Fusion – wenn sie denn kommt –, wenn sie ordentlich gemacht wird, auch eine Chance für Opel stecken kann. Es ist nicht zu verhehlen und bekannt, dass Opel seit 1999 keine schwarzen Zahlen mehr schreibt. Selbstkritisch angemerkt liegt das auch an uns allen, wie wir eine Marke unterstützen oder nicht.

Ich glaube, dass in Zukunft vor allem ein Spielfeld eine ganz entscheidende Rolle spielen wird. Das wird die Elek-

tromobilität sein. Genau im Bereich der Elektromobilität ist es sicher so, dass man bei den ganzen Forschungsprojekten, die man dafür braucht – ob es Speicherfragen sind, ob es Ladestationsfragen sind, ob es infrastrukturelle Fragen sind –, in Zukunft mit größeren Einheiten sicherlich weiter kommen wird als mit kleineren Einheiten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Daher kann – ich wiederhole das – ein solcher Zusammenschluss durchaus Sinn machen. Vielleicht sogar noch mehr mit einem Franzosen als unter der Ägide der Amerikaner. Das muss man in den nächsten Tagen und Wochen beobachten.

Was wir tun müssen – jetzt komme ich zu dem, was ich glaube, was wir als Parlamentarier in diesem Raum bewegen können –, ist Folgendes: Es ist kein Geheimnis, dass PSA eine sehr enge Verbindung zur französischen Regierung unterhält, weil in Frankreich das Wirtschaftssystem anders angelegt ist. Genau da, glaube ich, müssen wir sehr genau darauf achten, dass über die europäischen Kartellbehörden eine klare Maßgabe auch von uns als Signal ausgesandt wird, dass wir nicht akzeptieren werden, dass deutsche Arbeitnehmer unter den Interessen von französischen Arbeitnehmern leiden werden, weil diese Gefahr kommen kann.

(Beifall der CDU)

Deshalb plädiere ich in diesem Raum dafür – wir haben uns darauf verständigt, dies zu tun; das wird von höchster Stelle, sprich auch von der Bundeskanzlerin, bereits unterstützt –, dass wir uns genau auf diese europäische Ebene begeben und dort ganz klar zum Ausdruck bringen, dass wir nicht akzeptieren werden, dass zulasten der Standorte, zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Lande und

(Glocke des Präsidenten)

auf Kosten unserer Beschäftigungssituation ein Nachteil entsteht. Dafür stehen wir, und dafür werden wir uns einsetzen.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Hendrik Hering:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Böhme von der Fraktion der AfD das Wort.

Abg. Dr. Timo Böhme, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete und Regierungsmitglieder! Herr Schweitzer, Herr Baldauf, ich glaube, bei diesem Thema sind wir uns alle einig. Ich muss auch nicht das wiederholen, was Sie gesagt haben. Vielleicht kann ich noch einen eigenen Akzent mit einbringen.

Die AfD-Fraktion im Landtag ist solidarisch mit den Mitar-

beitern von Opel und wird sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die Erhaltung der Arbeitsplätze einsetzen. Wir bleiben hier erst einmal optimistisch und hoffen, dass diese Übernahme auch zur Erhaltung von Arbeitsplätzen und zur langfristigen Sicherung von Arbeitsplätzen beitragen kann.

An diesem Punkt möchte ich als ehemaliger Betriebsrat und Betriebsratsvorsitzender noch ein Thema einbringen, was mir persönlich am Herzen liegt.

Die Übernahme der Opel-Standorte stellt eine Betriebsänderung dar im Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes §§ 111, 112. Hier gibt es bestimmte Teiligungs- und Mitbestimmungsrechte für die Arbeitnehmervertretungen. Da dreht es sich um den Interessenausgleich und den Sozialplan.

Aus eigener leidvoller Erfahrung weiß ich, dass gerade in solchen großen Unternehmen, in großen Firmen bei internationalen Deals der Teil des Interessenausgleichs weitestgehend ignoriert wird. Er ist aber gesetzlich vorgeschrieben. Er ist nicht einklagbar. Wenn es nicht zu einem Interessenausgleich kommt, ist das nicht rechtlich anfechtbar. Aber es ist vorgeschrieben, dass dieser Interessenausgleich durchgeführt wird, und das Wichtige dabei ist, dass die Vertreter der Arbeitnehmerschaft rechtzeitig und umfassend – so steht es im Betriebsverfassungsgesetz – informiert werden über die Eckpunkte des geplanten Deals und über die Auswirkungen auf die Arbeitnehmer. Das wird oftmals ignoriert von großen Firmen.

Man wird dann mit einem Deal konfrontiert, und dann heißt es: So, das ist der Vertrag, und jetzt verhandeln wir über den Sozialplan. – Das darf nicht sein.

Ich bitte die Landesregierung und alle Beteiligten, die sich hier in diese Verhandlungen einklinken, darauf zu achten, dass die Vorgaben des Betriebsverfassungsgesetzes eingehalten werden.

(Beifall der AfD)

Laut Presseberichten und den Aussagen heute hat die Landesregierung hier schon Kontakte aufgenommen zu den entsprechenden Verhandlungspartnern und auch zu den anderen Bundesländern, die betroffen und beteiligt sind. Das können wir nur unterstützen und die Landesregierung auffordern, das Parlament rechtzeitig und umfassend über die aktuellen Entwicklungen zu informieren.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

Präsident Hendrik Hering:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Wink das Wort.

Abg. Steven Wink, FDP:

Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zuerst möchte ich einmal sagen, dass die Freien Demokraten es ausdrücklich begrüßen, dass die Landesregierung gegenüber PSA ihre Unterstützung und ihre

Verhandlungsbereitschaft ausgesprochen, es aber an die Bedingung geknüpft hat, dass die sich klar zu dem Standort bekennen.

Wissen Sie, wir wollen ausländische Investoren. Wir sind froh drum, wenn die kommen und bei uns investieren wollen, aber so, wie ausländische Investoren von der Politik ein Bekenntnis zu einem Standort erwarten, so erwarten auch wir, dass sich ein Investor ganz klar zu einem Standort bekennt. Das ist Grundvoraussetzung.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Standort Kaiserslautern zeichnet sich einmal durch gute Infrastruktur und gut ausgebildetes Personal aus. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mussten in den letzten Jahren schon sehr viel mitmachen und blieben trotzdem ihrem Arbeitgeber treu. Das ist eine Riesenleistung, die ich hier einmal erwähnen möchte.

Sollten also die Übernahmegespräche zwischen PSA und GM erfolgreich sein, so findet der neue Eigentümer eine gute Infrastruktur, hoch qualifiziertes und absolut loyales Personal vor, das seit Bestehen zur Sicherung des Standortes beigetragen hat.

Die Automobilbranche befindet sich in einem großen Umbruch: Digitalisierung der Fahrzeuge, erweiterte Umweltstandards, Weiterentwicklung der Elektromobilität. – Diese Punkte sind alles Punkte, die den Industriesektor maßgeblich beeinflussen, und trotzdem sind wir Freien Demokraten der Meinung, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der ganze Opel-Konzern ebenfalls als deutscher Hersteller diese Zeichen der Zeit erkannt haben und sich als Marke am Markt attraktiv machen, die es zu erhalten gilt.

Dennoch ist es nicht die Aufgabe der Politik, durch Versprechungen finanzieller Art das Unternehmen bzw. den Standort kurzfristig zu sichern. Viel wichtiger ist es, dass wir einerseits ein absolut starker Partner für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und den Konzern und auf der anderen Seite ein harter Verhandlungspartner gegenüber dem Investor sind.

Dann müssen wir uns darüber unterhalten, wie wir einen Standort noch attraktiver machen können. Hier unterhalten wir uns einmal über die Infrastruktur, und zwar alle Teile, Schule, Freizeit, Verkehr, was da alles hineinkommt, und auf der anderen Seite könnte man sich überlegen, wie man die Chancen eines Brexit nutzt, um zum Beispiel indische Unternehmen mit Sitz in Großbritannien nach Rheinland-Pfalz zu ziehen, um diesen Standort hier noch attraktiver, noch menschenreicher zu machen und weiterzuführen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Haben Sie etwas von der Reise mitgebracht?)

– Ja, etwas dazugelernt.

Abschließend möchte ich aber betonen, dass auch die Freien Demokraten natürlich die Gespräche sehr, sehr aufmerksam und kritisch begleiten und der Landesregierung absolute Unterstützung in den Gesprächen zusagen werden, weil der Standort Kaiserslautern für uns eine sehr

hohe Priorität hat.

Ich kann sagen, „ich als Westpfälzer hab ach e persönliche Bindung zu Lautere“.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Köbler das Wort.

Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit diesem „pälzischen Dialekt wird das nix mehr, aber mir hawe ach in Rhoihesse viele Tausend abhängig Beschäftigte von Opel“.

Meine Damen und Herren, ich will für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein klares Bekenntnis zu den Standorten von Opel in Kaiserslautern und Rüsselsheim abgeben und auch unsere Solidarität mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausdrücken.

Es ist nicht das erste Mal. Es ist allein in zehn Jahren jetzt mindestens das dritte Mal, dass wir über die Zukunft von Opel bangen und diskutieren. Ich kann es nicht verhehlen, noch einmal daran zu erinnern, dass es in den Jahren 2009 ff. auch an der Blockadehaltung der Bundesregierung gelegen hat, dass wir kein langfristig tragfähiges Konzept für Opel in Deutschland auf die Reise gebracht haben und die Abhängigkeit von GM in Detroit weiterhin bestehen bleibt. Ein Stück weit fällt uns das jetzt auf die Füße.

Meine Damen und Herren, vieles Richtige ist gesagt worden. Ich will noch einmal drei Punkte unterstreichen. Das eine ist, dass man bei einem Deal von einem solchen Ausmaß nach unseren Vorstellungen zumindest nicht derartig an den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern „vorbeierieren“ darf, dass die Mitbestimmungsrechte quasi nicht gesehen worden sind.

Ich glaube, es ist unsere Aufgabe, darauf hinzuweisen, dass in allen weiteren Schritten die Mitbestimmung der Betriebsräte, der Gewerkschaften, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechend gewahrt bleibt. Ich glaube, das ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass eine Veränderung in der Unternehmensstruktur positiv gelingen kann. Kein Unternehmen auf der Welt kann es sich leisten, gegen seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu agieren. Das ist eben auch etwas, was uns hier in Deutschland und Rheinland-Pfalz auszeichnet und uns zu einem guten Wirtschafts- und Arbeitsmarktstandort macht. Ich glaube, dass das hier in besonderer Weise bei der weiteren Zukunft von Opel einzufordern ist.

Meine Damen und Herren, das Zweite ist – es ist auch schon angesprochen worden –, wir dürfen nicht zulassen, dass Standorte in Deutschland gegeneinander ausgespielt werden. Deswegen ist es gut, dass die Landesregierung

gemeinsam mit den anderen betroffenen Landesregierungen und der Bundesregierung gegenüber Peugeot, gegenüber GM und auch gegenüber den Freunden aus Frankreich auftritt.

Ich glaube, es kann uns allen nicht damit gedient sein, dass wir sagen, Kaiserslautern muss erhalten bleiben, aber dann werden in Rüsselsheim Arbeitsplätze abgebaut, oder umgekehrt, oder dass Eisenach betroffen ist. Ich glaube, da bringt sich keiner in eine Gewinnerposition, sondern es geht darum, insgesamt zukunftsfähige Arbeitsplätze zu erhalten.

Noch ein letzter Punkt, den ich als Grüner insbesondere ansprechen möchte. Wir haben bereits in der Opel-Krise 2009 ganz klar formuliert, wie eine Zukunft von Opel aussehen kann, nämlich dass wir sie als „grün“ beschrieben haben und die Innovation in der Automobilindustrie, auch was Effizienz, alternative Antriebstechnologien anbelangt, dringend voranschreiten muss.

Ich glaube auch, dass es kein Geheimnis ist, dass dieser ökologische Anspruch ein knallharter ökonomischer und Standortvorteil ist. 8.000 der 15.000 Beschäftigten in Rüsselsheim sind dem Entwicklungszentrum zuzuordnen. Hier geht es um innovative Technologien. Kollege Baldauf hat gesagt, da geht es um Elektromobilität. Ich glaube, dass das ein ganz, ganz wesentlicher Standortfaktor hier in der Region ist, wovon dann gegebenenfalls Peugeot profitieren kann, weil ich auch glaube, dass in jeder Krise eine Chance liegen kann, dass man gemeinsam in einem deutsch-französischen Konzern etwas schaffen kann. Da ist es aber eben wichtig, die Innovation und das Know-how für neue Technologien in der Automobilindustrie aus Rüsselsheim nicht zu schwächen, sondern zu stärken und am Standort festzuhalten.

Darauf hat auch der hessische Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir – um ihn auch einmal zu nennen – hingewiesen, dass die Bedeutung des Standortes gerade in Rüsselsheim mit dem Entwicklungszentrum entsprechend steht und fällt. Deswegen glauben wir auch, dass es einen dringenden Schub braucht auf Bundes-, aber auch auf europäischer Ebene, was die Elektromobilität angeht. Auch das wäre ein Beitrag, Arbeitsplätze in Deutschland, in Rheinland-Pfalz, bei Opel zukunftsfähig und sicher zu machen.

(Beifall der Abg. Jutta Blatzheim-Roegler,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Sinne unsere Solidarität mit Opel hier am Standort in Rheinland-Pfalz.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Präsident Hendrik Hering:

Für die Landesregierung hat die Ministerpräsidentin das Wort.

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident, liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, auch lieber Thorsten Zangerle und liebe Kollegen des Betriebsrates! Ich bin sehr froh, dass die SPD diese Aktuelle Debatte heute angestoßen hat; denn natürlich war es für uns alle so, wir waren vollkommen überrascht von dieser Nachricht, und es war gerade für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wirklich eine ganz besonders große Verunsicherung in dem Moment.

Aber mit etwas Abstand, mit vielen Gesprächen kann man heute dann doch das Signal ausgeben, dass wir etwas zuvorsichtlicher sind über diese Nachricht. Inzwischen sind die Gewerkschaften, die Betriebsräte und auch das deutsche Management in alle Gespräche einbezogen. Insofern wird es jetzt darum gehen – und erste Signale gibt es zu der Frage der Übernahme der Standorte und keine Beschäftigungsverluste –, dass man versucht, diesen Prozess wirklich konstruktiv und gut miteinander zu begleiten.

Auch ich versichere für die Landesregierung – alle Fraktionen haben das schon getan –, dass wir natürlich seit an Seit' mit den Opelanern um diese Standorte kämpfen, vor allem um ein gutes Zukunftskonzept kämpfen. Darauf kann sich jeder bei Opel verlassen.

Um auch noch einmal alle genannt zu haben: In der Bundesregierung werden die Aktivitäten durch das Bundeswirtschaftsministerium koordiniert. Selbstverständlich ist das Kanzleramt, selbstverständlich sind das Arbeitsministerium und andere Ministerien miteinbezogen.

In Rheinland-Pfalz koordinieren wir in der Staatskanzlei – selbstverständlich mit dem Wirtschaftsminister und der Arbeitsministerin. Wir sind in einem engen Austausch miteinander, und selbstverständlich führen wir alle Gespräche, die wir zur Zeit zahlreich führen, mit allen Kollegen und Kolleginnen, auch aus Hessen und Thüringen, um auch das noch einmal gesagt zu haben, und selbstverständlich mit der Bundesregierung, weil wir uns alle einig sind, dass wir nur gemeinsam für Opel kämpfen und nur gemeinsam dazu kommen können, dass wir gegebenenfalls Zukunftsoptionen für Opel haben.

Für uns gilt vor allem – für mich ist das ganz erheblich, für die Landesregierung, aber alle anderen haben es auch gesagt –, dass die Marke Opel erhalten bleibt, es wirklich darum geht, dass auch in einem Zusammengehen mit PSA Opel eine eigenständige Marke bleibt. Es geht natürlich um die Produktionsstandorte, es geht um die Arbeitsplätze, aber es geht auch um eine Zukunftsvision.

Meine sehr geehrten Herren und Damen, denn – das ist von vielen gesagt worden – wir sind in Rheinland-Pfalz eben auch ein Opel-Land. 2.100 Menschen arbeiten im Werk in Kaiserslautern. Opel ist der größte industrielle Arbeitgeber in der Westpfalz. Hinzu kommt natürlich noch die beachtliche Anzahl von Zuliefererbetrieben und Dienstleistern und natürlich die ganz vielen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die von hier aus nach Rüsselsheim pendeln.

Opel hat eine beträchtliche Tradition in Rheinland-Pfalz. Ich werde das Jubiläum zum 50-Jährigen nicht vergessen, das wir letztes Jahr gefeiert haben, als die Opelaner seit langer,

langer Zeit wirklich auch mit ganz viel Optimismus dieses Jubiläum gefeiert haben, und dass dieser Optimismus mit diesem neuen Geschäft wiederkehrt, das wünsche ich mir wirklich aus ganzem Herzen.

Man darf auch sagen, mit dem neuen Vorstandsvorsitzenden Karl-Thomas Neumann, seinem Team und den Gewerkschaften und dem Betriebsrat auf der anderen Seite hat Opel in den letzten Jahren einen sehr konsequenten Weg der Modernisierung beschritten, der den Opelanern sehr viel abverlangt hat, aber auf der anderen Seite ganz vielversprechende Entwicklungen angestoßen hat.

Was die Opelaner geschafft haben, ist einfach großartig. Im Bewusstsein der langen Tradition ihrer Marke mit dem Blitz haben sie einen mutigen Schritt der Veränderung gewagt. Deshalb sage ich das auch noch einmal: Das Ganze läuft unter dem Titel „Umparken im Kopf“. Manche oder die meisten oder vielleicht alle – hoffentlich alle – kennen diese Werbung auch. Aber „Umparken im Kopf“ steht nicht nur für Werbung, es steht dafür, dass Opel im Kopf umgeparkt hat.

Man kann es tatsächlich nicht nur am Werbeslogan ablesen, sondern man kann es an den neuen Modellen mit innovativen Antriebstechnologien und Autos sehen, die Auszeichnungen erhalten und Testsiege einfahren. Plötzlich hat man mit Opel wieder Frische und Modernität verbunden – und das nach einer langen Durststrecke.

Ich wünsche mir, dass der eine oder andere Experte oder Sachverständige, der sich zurzeit über die Automobilbranche auslässt, vielleicht einmal zur Kenntnis nimmt, dass Opel längst auf einem wirklich guten Weg ist. Das kann man auch an den Zahlen ablesen.

Natürlich hat es Opel leider im letzten Jahr nicht geschafft, schwarze Zahlen zu schreiben. Das hat auch ein bisschen mit den Entscheidungen in Großbritannien zu tun gehabt. Dennoch konnte Opel im letzten Jahr sein Defizit um 600 Millionen Dollar gegenüber dem Vorjahr verbessern. Man war zuversichtlich, dass sich dies in diesem Jahr zu schwarzen Zahlen hin entwickelt.

Zur Veränderung bei Opel gehört auch, sich fit zu machen für neue Technologien der Zukunft. Das ist gesagt worden. Das Modell Ampera-e ist ein Beispiel dafür. Zwei Modelle kommen auf den Markt, die wirklich versprechen, dass sie wirtschaftlich erfolgreich sein werden.

In Klammern sage ich noch einmal dazu, auch PSA hat nach hartem Sanierungskurs in den letzten Jahren wieder Gewinne geschrieben, und zwar sowohl im Jahr 2015 als auch im Jahr 2016. Es gibt also Grund zum Optimismus, dass dieses gemeinsame Zusammengehen eine gute Chance sein kann – viele haben es betont –, vielleicht eine größere Chance als mit GM, das mit ganz vielen Behinderungen zusammenhängt, nämlich einem beschränkten Marktzugang und Hindernissen der Entwicklung neuer Technologien. Es gab zahlreiche Beschränkungen.

Die Übernahme durch PSA bietet die Chance, als zweitgrößter europäischer Automobilkonzern ein gewichtiger Spieler auf dem Weltmarkt zu werden.

Abschließend gibt es drei Punkte, die für mich und für uns als Landesregierung von ganz besonderer Bedeutung sind, auch in Absprache mit den Gewerkschaften, mit dem Betriebsrat und dem deutschen Management.

Der erste Punkt ist, dass die Tarifvereinbarungen, die in der letzten Krise getroffen worden sind, als die Standorte neu organisiert und mit Aufträgen versehen worden sind, übernommen werden. Sie gehen bis über 2020 hinaus und würden den Beschäftigten ausreichend Sicherheit geben, dass erst einmal Ruhe einkehrt.

Es gibt Signale, dass PSA das vorhat. Wir werden alle daran arbeiten, dass es so kommt.

Der zweite Punkt ist, dass wir als Politik gemeinsam an einem Strang ziehen, damit die Marke erhalten bleibt, damit die Sicherung der Standorte stattfindet, damit es aber auch ein Zukunftskonzept gibt, dass Opel nämlich strukturell in diesem Unternehmen verankert wird, dass die Möglichkeit der Forschung und Entwicklung, was für Rüsselsheim so bedeutsam ist, auch in der Zukunft gegeben ist.

Ein dritter für mich und für uns sehr wichtiger Punkt ist, dass wir diese Sache auch als Win-win-Situation für PSA und für Opel diskutieren. Nur dann kann es wirklich eine Geschichte werden, die man positiv begleiten kann; denn wir wollen nicht nur, dass Opel bis 2020 eine gute Perspektive hat, weil die Tarifvereinbarung übernommen wird, sondern dass es eine echte Zukunft gibt. Daran arbeiten wir gemeinsam.

Ich bin sehr froh, dass das auch die einheitliche Meinung im Parlament ist. Wir bleiben miteinander im Kontakt und hoffen, dass diese Chance wirklich eine gute Chance für Opel wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD, der CDU, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Schweitzer das Wort.

Abg. Alexander Schweitzer, SPD:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Herr Präsident! Ich finde es ein gutes Signal, dass wir uns an dieser Stelle gemeinsam aufstellen. Das haben die Beschäftigten bei Opel in Rüsselsheim und in Kaiserslautern auch verdient. Ich schlage vor, dass wir zum gegebenen Zeitpunkt eine gemeinsame Sitzung des Sozialpolitischen und des Wirtschaftsausschusses machen, in der wir uns den Stand der Dinge berichten lassen. Wir wollen diese Gemeinsamkeit auch mit Blick auf die Bundesebene.

Herr Baldauf, es ist gut, dass Angela Merkel und Martin Schulz an diesen Themen dran sind

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Wer ist Martin Schulz? –
Abg. Martin Haller, SPD: Das wisst ihr am besten!)

und ihre Möglichkeiten nutzen, um den europäischen Weg dieser Vereinbarungen zum Wohle der Beschäftigten zu gehen.

– Herr Baldauf, ich glaube, ich habe Sie nicht genau getroffen, aber zu mindestens 50 % habe ich das gemeint, was Sie meinen. Dennoch ist es gut, dass wir uns an dieser Stelle gemeinsam in der politischen Verantwortung sehen. Das brauchen wir jetzt.

Lassen Sie mich noch einen Satz sagen, weil ich immer wieder höre, die Politik sei erst dann mobilisiert, wenn es um große Unternehmenseinheiten geht. Ja, natürlich ist das eine große Unternehmenseinheit, aber wer die stark mittelständisch geprägte Struktur in Rheinland-Pfalz kennt, der weiß, dass es rund um die Opel-Standorte – sowohl in Hessen, aber auch natürlich mit Auswirkungen auf Rheinland-Pfalz, etwa in Kaiserslautern – ganz viele Unternehmer im kleinen und mittleren Unternehmensbereich gibt, die davon profitieren, dass es dort diesen Opel-Standort gibt. Darum haben wir immer auch einen Blick auf die gesamte Wirtschaftsstruktur.

In diesem Sinne herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Baldauf das Wort.

Abg. Christian Baldauf, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich möchte festhalten, dass es eine wirklich sehr angenehme Debatte ist, weil es um die Sache geht. Frau Ministerpräsidentin, wir möchten Sie bitten, uns regelmäßig auf dem Stand Ihrer Fortschritte zu halten, damit wir das vielleicht nicht nur im Ausschuss, sondern auch des Öfteren hören. Wir bieten natürlich an, unsere Drähte, die wir auch bis auf die Bundesebene und die europäische Ebene haben, entsprechend zu nutzen, damit in der Sache das passiert, was wir uns alle wünschen, dass die Standorte aus dieser Verhandlung gestärkt und nicht geschwächt hervorgehen.

(Beifall der CDU, der SPD, der FDP und
des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Damit ist das erste Thema der Aktuellen Debatte beendet.

Wir kommen zum zweiten Thema der

Aktuellen Debatte

**Brände, Risse, Altersschwäche – grenznahe
Schrottmeiler müssen umgehend abgeschaltet
werden**

auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 17/2292 –

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Abgeordneter Blatzheim-Roegler das Wort.

Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident! Auch in dieser Legislaturperiode müssen wir uns wieder dem unseligen Thema widmen. Es ist schon fast zu einer unseligen Tradition geworden. Die Atomkraftwerke im grenznahen Raum zu Rheinland-Pfalz und Deutschland sind auch in dieser Legislaturperiode natürlich nicht sicherer geworden.

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir in der vergangenen Legislaturperiode auf unseren Antrag hin schon mehrfach zu diesem Thema gesprochen haben. Es gab sieben Kleine Anfragen, drei Mündliche Anfragen, mehrere Anträge nach § 76 Abs. 2 GOLT, verschiedene Aktuelle Debatten und – das möchte ich besonders herausheben – zwei gemeinsam überfraktionell verabschiedete Plenaranträge zu Cattenom und zum Endlager Bure. Es gab im Plenum genauso wie in den regionalen und kommunalen Parlamenten in der Region Trier, Trier-Saarburg, Bernkastel-Wittlich und Vulkaneifel in dieser Frage immer eine große Einigkeit.

Wir müssen das Thema heute noch einmal aufgreifen, weil sich an der ständigen Bedrohung nichts geändert hat. Wir haben auch im rheinland-pfälzischen Parlament die Verantwortung, das Thema, das unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger vor Ort umtreibt, auf dieser Ebene zu diskutieren. Atomkraft ist keine sichere Methode der Energiegewinnung. Wenn die Technik hunderttausendmal als sicher beschworen wird und es kein technisches Versagen ist, das zu den bisherigen GAUs geführt hat, dann war es menschliches Versagen. Eine 100 %ige Sicherheit gibt es nicht.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Nun gehört sicher der Kampf gegen die Atomkraft zur DNA einer Grünen, die im Jahr 1983 in die Partei eingetreten ist. Ich glaube, es sind aber noch einige andere Mitglieder hier im Parlament, die sich an die Katastrophe in Tschernobyl im Jahr 1986 erinnern können, auch an die hilflose Reaktion der Bundesregierung und des damaligen Innenministers Friedrich Zimmermann angesichts der Katastrophe. Dieser hat lange zu beschwichtigen versucht und auch im Fernsehen öffentlich gesagt, eine Gefährdung Deutschlands sei absolut auszuschließen. Wir wurden etwas anderen belehrt. Bis heute haben wir in einigen Teilen des Landes immer noch mit den nuklearen Beeinträchtigungen zu kämpfen.

Eine Technik, die im Schadensfall und bei Versagen Menschenleben kostet, die weite Teile der Region rund um die havarierten Meiler für lange Zeit, vielleicht für Hunderte von Jahren unbewohnbar macht, ist keine Technik mit Zukunft.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist im Übrigen auch keine günstige Art der Energiege-

winnung, wenn man sich ansieht, mit wie vielen Milliarden Euro die Atomindustrie subventioniert worden ist und weiter subventioniert wird. Eine sichere Endlagerung haben wir nach wie vor nicht; also gute Gründe, dieser Technologie den Rücken zu kehren, was Deutschland im Jahr 2011 dann auch gemacht hat, das in großer Einigkeit. Das ist für mich, die ich so lange erst mal als Minderheit gekämpft habe, genau das, weshalb ich gerne Politik mache, nämlich irgendwann auch zu gemeinsamen Ergebnissen zu kommen, für die man vielleicht an der einen oder anderen Stelle erst einmal alleine gekämpft hat. Ich kann hartnäckig sein.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Das stimmt!)

Die Gefahr lauert aber jetzt für uns hinter der Grenze, zum Beispiel Cattenom. Der Block 1 des AKW Cattenom ist im vergangenen Jahr 30 Jahre alt geworden. Es hat auch nichts genutzt, dass ich gegen den Bau schon damals auf der Wiese davor demonstriert habe. Der Betreiber EDF strebt eine weitere Verlängerung auf insgesamt 60 Jahre an, das hieße bis zum Jahr 2046. Wir haben jetzt das Jahr 2017. Es ist technisch nicht möglich, das veraltete Design dieser Anlage auf den neuesten Stand von Wissenschaft und Technik zu bringen. Wer wie ich schon öfter in dem Atomkraftwerk war – Alexander, wir waren auch gemeinsam da –,

(Glocke des Präsidenten)

wer das in den letzten 30 Jahren gesehen hat, weiß, es hat sich dort nichts verändert.

Mehr in der zweiten Runde.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei SPD und FDP)

Präsident Hendrik Hering:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Rahm das Wort.

Abg. Andreas Rahm, SPD:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Explosion im nordfranzösischen AKW – das ist die Überschrift eines Presseartikels von vor zehn Tagen. Im Kraftwerk von Flamanville ist ein Brand ausgebrochen, der rasch nach einer Detonation gelöscht worden sein soll. Ein Strahlenrisiko habe nicht bestanden oder wie es ein Verantwortlicher ausdrückt: Es handelt sich um einen bedeutsamen technischen Vorfall, aber nicht um einen Atomunfall.

Nun mögen Sie sagen, Flamanville ist weit weg von Rheinland-Pfalz, aber ganz nah an unserer Landesgrenze stehen zum Beispiel die Atomkraftwerke Cattenom und Fessenheim. Im französischen Atomkraftwerk Cattenom hat es vorletzte Woche zweimal gebrannt. Die Ursache ist noch unklar, eine Gefahr habe aber nicht bestanden, so der Betreiber. In der Vergangenheit kam es aber immer wieder zu Störfällen in diesem AKW. Zuletzt wurde im Dezember 2016 Block 4 abgeschaltet, weil der Luftdruck im

Maschinenhaus im nicht nuklearen Teil der Anlage abgefallen sei.

Im dreißig Jahre alten Reaktor von Cattenom wurde im Dezember 2016 die Zehn-Jahres-Inspektion durchgeführt, und die französische Atomaufsichtsbehörde hat die Genehmigung erteilt, ihn weiter zu betreiben. Die Zahl der Pannen im Atomkraftwerk, so lapidar, sei zwar im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, aber die Behörde schätzt den Zustand des Kraftwerks nach wie vor als zufriedenstellend ein, was auch immer das heißen mag.

Nicht viel anders ist das Bild in Fessenheim. Der französische Atommeiler gilt unter Kritikern als schrottreif und soll abgeschaltet werden. Ein schwerer Störfall im April 2014 soll heruntergespielt worden sein, ein Störfall von vielen in diesem AKW. Aber sein Ende scheint nun wohl endlich eingeläutet. Der Verwaltungsrat des französischen Energiekonzerns EDF hat eine Vereinbarung mit dem französischen Staat getroffen: EDF wird für die Abschaltung des AKW Fessenheim entschädigt. Ob dies jetzt ein Wahlkampfversprechen von Hollande ist, wird sich zeigen. 2018 werden wir mehr wissen. Machen wir uns nichts vor. Mag ein Abschalten von Fessenheim in Sicht sein, das Ende der Kernkraft in Frankreich ist dies immer noch nicht.

Die Aussage eines Bürgers treibt mich um. Er hat zu mir gesagt, im Falle eines Störfalls hoffe ich für uns und Rheinland-Pfalz, dass der Wind richtig steht. Meine Damen und Herren, nein, natürlich können wir uns auf eine solche Hoffnung nicht verlassen. Wir haben doch – das hoffe ich zumindest – aus den beiden großen Nuklearkatastrophen Fukushima und Tschernobyl gelernt. Fukushima und Tschernobyl sind räumlich und zeitlich voneinander getrennt zu sehen, und auf den ersten Blick sind die Ursachen für die beiden größten Unfälle in der Geschichte der zivilen Nutzung unterschiedlich. Fakt ist aber, dass Konstruktionsfehler und Baumängel eine wesentliche Rolle gespielt und einen Super-GAU hervorgerufen haben.

Mit den französischen Atomkraftwerken Cattenom und Fessenheim haben die beiden etwas gemeinsam: Beide gingen in den 70er-Jahren in Betrieb.

Auf der internationalen Skala der Atomenergieorganisation liegen die Unfälle auf dem Niveau 7 der INES-Bewertungsskala.

Es ist nicht auszudenken, was mit unseren dicht besiedelten Regionen bei einem Unfall passieren würde, welche Folgen ein Unfall für unsere Regionen hätte. Cattenom liegt rund 50 km entfernt von Trier und 60 km entfernt von Saarbrücken. In der Hauptwindrichtung aus Westen – das ist nun einmal die Hauptwindrichtung – liegen deutsche Großstädte wie Kaiserslautern, Frankfurt, Mainz, Wiesbaden, Darmstadt, Mannheim, Heidelberg und Karlsruhe.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat sich seit Langem gegen die Nutzung der Atomenergie ausgesprochen. Gründe hierfür sind die unkalkulierbaren Risiken beim Betrieb der Atomkraftwerke sowie die ungelösten Fragen der Endlagerung der dabei entstehenden radioaktiven Abfälle. Daher hat sich die Landesregierung konstruktiv in die Gesetzgebungsverfahren zum Atomausstieg und zur Endlagerungssuche in Deutschland sowie beim Stresstest

für das französische AKW Cattenom eingebracht.

Dies bezieht sich auch auf die belgischen Atomkraftwerke Tihange und Doel. Tihange liegt gerade einmal 80 km von unserer Landesgrenze entfernt. Auch hier gab es schon viele Störfälle in den vergangenen Jahren. Deshalb ist das Land Rheinland-Pfalz auch der Klage der Städteregion Aachen gegen die Wiederinbetriebnahme des belgischen Atomreaktors Tihange 2 beigetreten. Meine Damen und Herren, das ist gut so.

Die SPD-Fraktion ist klar und entschieden gegen die Nutzung der Kernspaltung zur Energiegewinnung. Die Sicherheit der Bevölkerung hat für uns oberste Priorität.

(Beifall der SPD, der FDP und bei dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Bundesverfassungsgericht hat im Dezember 2016 den Bestand des Atomausstiegs bestätigt, zum Glück. Damit wird die bedrohende und nahe Gefahr in Rheinland-Pfalz durch den Betrieb von Atomkraftwerken, aber auch die Menge der dadurch in Zukunft noch anfallenden radioaktiven Abfälle beschränkt.

(Glocke des Präsidenten)

Ein Anfang – aber der europäische Atomausstieg muss jetzt kommen, meine Damen und Herren.

(Glocke des Präsidenten)

Danke schön.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Billen das Wort.

Abg. Michael Billen, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Damen und Herren! Frau Blatzheim-Roegler, die Grünen müssen mir einmal erklären, was an dieser Aktuellen Debatte jetzt aktuell ist.

(Heiterkeit des Abg. Ralf Seekatz, CDU –
Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN: Mehr Zeitung lesen!)

Das wäre schon einmal ein Fortschritt.

Ich kann jetzt auch anfangen und sagen, Frau Merkel hat den Atomausstieg beschlossen und ihr „hechelt“ hinterher, aber das ist dann auch nicht aktuell, das ist vielmehr bekannt.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der CDU –
Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Sie haben mir nicht
zugehört!)

Ich dachte, als die Grünen eine Aktuelle Debatte zum Thema Atomschrottmeiler beantragt haben, dass Frau Höfken

für die Landesregierung ans Rednerpult tritt und verkündet: Wir klagen gegen Cattenom, wir haben einen Weg gefunden, wie wir Cattenom beklagen können; denn alles andere wird nichts helfen. Diese Diskussion zum 750.000ten Mal über die Frage zu führen, wo es gebrannt hat, welches Atomkraftwerk sicher ist und welches nicht, wird uns nicht helfen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich bin immer noch in der Erwartung, dass die Landesregierung kommt und sagt: Wir klagen. –

Bei Tihange war es aktuell, dass sich die Regionen, die Region Aachen und die Kreise, auch die anliegenden Kreise aus Rheinland-Pfalz, an einer Klage beteiligt haben, weil man einen Weg gesucht hat zu klagen, weil man sehr genau weiß, was passieren kann, wenn es in Tihange oder Cattenom zu gravierenden Störfällen kommt. Das ist nicht aktuell, auch wenn sich der Zustand eher verschlechtert als verbessert hat.

Die entscheidende Frage ist, finden wir einen Weg bei Cattenom zu klagen. Alles andere wird, Entschuldigung, unsere europäischen Kolleginnen und Kollegen in Frankreich nicht beeindrucken.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Das ist wahr!)

Wir sind im IPR vertreten. Dort haben wir lange über Cattenom diskutiert. Wir hatten den Sicherheitsbeauftragten der deutschen Bundesregierung, der sich Cattenom angeschaut hat, zu Gast, der aber auch keinen Klagegrund gefunden hat. Wir haben die Reaktionen der französischen Kolleginnen und Kollegen gesehen. Sie sagen, sie hören keine Klagen, und sie seien für die Atomkraftwerke. Da sie da von ihnen abhängig seien, unternähmen sie auch nichts gegen sie. Derzeit ist in Frankreich die Stimmung so wie beschrieben.

Wenn wir das ändern wollen, dann müssen wir einen Weg finden zu klagen. Ich hoffe, dass wir in Belgien den Weg der Klage erfolgreich beenden können, weil in den dortigen Atomkraftwerken die Risse auch nicht zurückgehen. Auch wenn es sich nur um Haarrisse handelt, so macht man sich schon Gedanken. Glauben Sie mir, in der ganzen Region macht man sich Gedanken. Aber auch da gilt das Motto, je näher man an einem dieser Atomkraftwerke wohnt, umso höher ist die Betroffenheit, und umso mehr fragt man sich, warum die das machen.

Ich nenne einen zweiten Weg. Wenn wir Cattenom schwächen wollen, wenn wir den französischen Kolleginnen und Kollegen den Anreiz nehmen wollen, in Cattenom weiter Atomstrom zu produzieren, dann dürfen wir ihnen nicht mehr so viel Strom abnehmen. Das sage ich auch einmal ganz klar.

(Beifall bei der AfD und vereinzelt bei der
CDU –

Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN: Es ist umgekehrt!)

Aber wenn wir ihren Strom nicht abnehmen, dann gehen uns die Lichter aus. Das gilt auch für Luxemburg. Das

muss man auch sagen.

(Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Deutschland ist der
zweitgrößte Exporteur! –
Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN: Wir leiten ihn dort hin!)

– Herr Braun, ja, in dem entscheidenden Moment, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht bläst, bekommen wir Strom aus Cattenom, und zwar in nicht geringen Mengen. Das ist so.

(Beifall der AfD und bei der CDU)

Wir können das klären lassen. Ich wäre dankbar, wenn die Landesregierung einmal sagt, wie viel Atomstrom wir aus Cattenom und Tihange in Deutschland verbrauchen, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Herr Braun, regen Sie sich nicht auf. Wenn es eng wird, holen wir Atomstrom. Das ist die Wahrheit. Wenn wir das ändern wollen, müssen wir dafür sorgen, dass wir unsere Grundlastfähigkeit gesichert haben.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Wir haben
Überkapazitäten! Ein bisschen mehr
Realität!)

– Herr Braun, Strom hört nicht an der Grenze auf. Das wissen Sie. Wir haben internationale Verbindungen. Ich weiß, warum Sie sich aufregen,

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Ja, weil es falsch ist!)

weil Sie unter Umständen Atomstrom verbrauchen, obwohl Sie schon immer dagegen waren.

(Heiterkeit bei der AfD)

Noch einmal: Wir sind gerne bei Ihnen. Wir klagen mit Ihnen. Wir wollen auch die Atomkraftwerke europaweit abstellen, nicht nur europaweit, sondern weltweit. Aber dann bitte durch Handeln. Ich bin gespannt, ob die Umweltministerin jetzt gleich sagen kann, wir haben einen Weg gefunden, eine Klage einzureichen, und wir reichen sie ein.

Weiteres in der zweiten Runde.

(Beifall der CDU)

Präsident Hendrik Hering:

Für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Joa das Wort.

Abg. Matthias Joa, AfD:

Geehrter Präsident, liebe Kollegen! Und täglich grüßt das Murmeltier – das könnte das Motto der heutigen Debatte sein. In der vergangenen Legislaturperiode gab es 24

Anträge von den Grünen oder mit Beteiligung der Grünen zum Kernkraftwerk Cattenom. Das Ergebnis: Das Kraftwerk wird nicht abgeschaltet, stattdessen hat Frankreich beschlossen, in das Kernkraftwerk zu investieren, damit es möglichst bis 2045 am Netz bleiben kann.

Offensichtlich möchten die Grünen aber nicht von dem ergebnislosen Aktivismus ablassen. Auch die neue Landesregierung ist bekanntlich mit von der Partie.

Meine Damen und Herren, die Entscheidung in Frankreich über Cattenom ist gefallen. Unsere Fraktion ist äußerst skeptisch, ob diese Entscheidung nochmals revidiert werden wird.

In Fessenheim ist die Lage etwas anders. Als nicht erdbebensicheres Kernkraftwerk in einem potenziellen Erdbebengebiet im Oberrheingraben ist die Lage dringlicher. Wir sind uns sicher, auch die heutige Landtagsdebatte wird weder den französischen Staat noch den von ihm kontrollierten Kraftwerksbetreiber EDF beeindrucken, auch wenn wir uns dies anders wünschen würden.

Sowohl Cattenom als auch Fessenheim haben ganz im Gegensatz zu den deutschen Kernkraftwerken auch in der Energiebranche einen schlechten Ruf. Die Sicherheitskultur in Frankreich ist im atomaren Bereich auch nicht mit der in Deutschland vergleichbar. Gerade bei der Kernkraft muss jedoch gelten, Sicherheit hat absolute Priorität.

(Beifall der AfD)

Wir haben in Rheinland-Pfalz keine Kernkraftwerke. Wir von der AfD fordern, im Gegensatz zu dem, was man uns oft unterstellt, auch keine Kernkraftwerke. Uns reichen die Probleme der Energiewende, insbesondere die Windkraft, durchaus. Die Landschaftszerstörung durch Windkraftwerke ist überall sichtbar. Die hohen Stromkosten durch Windkraft belasten vor allem die Familien. Ist dies die soziale Gerechtigkeit?

Die Stabilität unseres Stromnetzes ist wegen der Unzuverlässigkeit der Windkraft erheblich gefährdet. Entsprechende nachhaltige Speichermöglichkeiten in entsprechender Größenordnung sind nicht absehbar und belasten die Bürger, insbesondere die Bürger, die wenig Geld haben und diese Abgaben ungeachtet des Einkommens trotzdem leisten müssen.

(Beifall der AfD –
Zuruf der Abg. Jutta Blatzheim-Roegler,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, kümmern wir uns also erst einmal um die Probleme, die wir im Land haben, bevor wir Resolutionen und Debatten über die Probleme unserer Nachbarn beginnen. Im Grundsatz ist die Fragestellung – das muss ich Ihnen zugestehen – zwar relevant, und sie muss auch thematisiert werden, doch die Einwirkungsmöglichkeiten auf EDF und Frankreich sind gering.

Unfreiwillig zeigt die Debatte auch die Hybris in der deutschen Energiepolitik. Sichere Kraftwerke in Deutschland werden frühzeitig abgeschaltet, Know-how und Arbeitsplätze im Nuklearbereich auch hinsichtlich der Nuklearforschung gehen verloren, währenddessen Pannenreaktoren

in Grenznähe weiterlaufen. Die Energiepolitik wird gerade von den Grünen absolut verbohrt, oftmals ungeachtet der technisch-physikalischen Möglichkeiten geführt.

(Beifall der AfD)

Die Grünen sind in der Energiepolitik leider weit davon entfernt, satisfaktionsfähig zu sein.

(Heiterkeit der Abg. Jutta
Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN: Fordern Sie mich zum Duell
oder was?)

Herr Billen hat recht mit dem, was er sagt; denn wir nehmen den Strom aus Frankreich ab – das ist eine Unlogik –, dank der Politik der Grünen, aber auch aufgrund des Populismus der CDU in der Energiepolitik. Die CDU hat sich einen Energiepopulismus geleistet, der rein auf Wahlen ausgerichtet war. Die Konsequenzen tragen wir jetzt und in Zukunft, nämlich mit einer überhasteten Energiewende, die nicht die Anforderungen erfüllt, die wir als modernes Industrieland haben und stellen müssen.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

Präsident Hendrik Hering:

Für die FDP-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Weber.

Abg. Marco Weber, FDP:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Egal ob Doel, Tihange, Fessenheim oder Cattenom, die grenznahen Atommeiler in Frankreich und Belgien sorgen immer wieder für negative Schlagzeilen. Egal ob Risse in den Druckbehältern, Explosionen oder verdächtige Pfützen, die veralteten Anlagen erwecken alles andere als den Eindruck eines zuverlässigen Technologiestandards.

Neben den zahlreichen Störfällen und Pannenmeldungen stehen darüber hinaus auch immer wieder die Behörden und deren Informationspolitik in der öffentlichen Kritik. Dazu möchte ich nur Folgendes sagen – bitte verstehen Sie mich nicht falsch –: Ich möchte die Vorfälle weder verharmlosen noch kleinreden, aber Störfall ist nicht gleich Störfall.

(Beifall der Abg. Helga Lerch, FDP)

Es kann nicht das Ziel sein, bei einem solchen emotional aufgeladenen Thema bei der Bevölkerung Ängste zu schüren und sie dauerhaft zu verunsichern.

Vielmehr müssen die Kommunikation und das Krisenmanagement der Betreiber und der Behörden darauf ausgerichtet sein, die Bürgerinnen und Bürger bei einem ernst zu nehmenden Störfall umfassend und unmittelbar zu informieren.

(Beifall des Abg. Thomas Roth, FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unabhängig von

diesem Aspekt möchte ich dennoch klarstellen: Es kann nicht sein, dass wir uns für viel Geld eine teure Energiewende leisten, während unsere europäischen Nachbarländer Frankreich und Belgien und gerade Frankreich 75 % seines Stroms aus Atomkraft bezieht und mit seinen technisch veralteten Anlagen ein ernst zu nehmendes Sicherheitsrisiko für die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland darstellt.

(Zuruf von der AfD: Das ist aber so!)

Dabei ist es übrigens unerheblich, ob ein Kernkraftwerk 12 km oder 200 km von der deutschen Grenze entfernt steht. Auf die Windrichtung kommt es an, und die ist im Zweifelsfall gegen uns. Wir sind uns daher in der Koalition einig, die alten Atomkraftwerke in unseren europäischen Nachbarländern müssen stillgelegt werden.

Man darf aber an dieser Stelle nicht verschweigen, die Abschaltung von Cattenom, Fessenheim und Doel liegt nicht im Kompetenzbereich des rheinland-pfälzischen Landtags. Wir verfügen über kein rechtlich bindendes Instrument, in unseren Nachbarländern eine Abschaltung zu erwirken.

(Zuruf von der AfD: Das ist ganz neu!)

Was wir aber tun können, ist, das Sicherheitsbedürfnis und die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger in den grenznahen Regionen ernst zu nehmen und zu versuchen, unseren Einfluss auf allen Ebenen geltend zu machen. An dieser Stelle möchte ich mich bei der Landesregierung für ihren stetigen Einsatz auf diesem Gebiet bedanken.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

– Ja.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Es liegt zwar an unseren Nachbarländern, die veralteten und störanfälligen Atommeiler abzuschalten, aber wir können unser Anliegen deutlich gegenüber unseren Nachbarländern kommunizieren. Wir werden daher die Landesregierung weiter dabei unterstützen, sich für die Abschaltung der grenznahen Atomkraftwerke einzusetzen.

Ganz zum Schluss noch ein Hinweis: 2015 wurde in Frankreich ein Energiewendegesetz verabschiedet, nach dem der Anteil des Atomstroms am gesamten Stromaufkommen bis 2050 auf 50 % gesenkt werden soll. Frankreich täte gut daran, zur Erfüllung dieser Zielmarke zeitnah die Atomkraftwerke vom Netz zu nehmen, die zum einen veraltet und zum anderen in den vergangenen Jahren durch zahlreiche Sicherheitsmängel immer wieder in die Schlagzeilen geraten sind.

Damit wäre ich wieder am Anfang meiner Rede, bei Cattenom und Fessenheim.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Entschuldigen Sie meine raue Stimme.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Für die Landesregierung spricht Frau Staatsministerin Höfken.

Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten:

Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Durchaus ist Aktualität gegeben. Wenn man einmal auf die Liste der Vorfälle zu Cattenom oder anderen französischen Atomkraftwerken allein im Jahr 2017 sieht, dann muss hier erhöhter Handlungsbedarf bestehen.

Herr Billen, ich wundere mich schon ein bisschen; denn aus unserer Region kam die Open Petition. Zehntausende von Menschen aus unserem Kreis haben diese unterstützt und den Landtag gebeten und aufgefordert, über dieses Thema zu diskutieren. Ich finde es ganz interessant, wenn Sie sagen, das ist alles überflüssig. Das können Sie denen einmal selbst sagen.

(Zuruf des Abg. Michael Billen, CDU)

Ich will jetzt nicht die ganze Liste – – –

Präsident Hendrik Hering:

Die Ministerin hat das Wort. Sie können sich noch einmal melden, Herr Billen.

Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten:

Ja, jetzt ist er ein bisschen getroffen.

Ich will jetzt nicht die lange Liste mit den Vorfällen wiederholen – Sie haben das alles schon erwähnt –, aber ich will auf die aktuelle Situation hinweisen. Ich glaube, Sie sind nicht ganz auf dem Stand der Entwicklungen. Wir hatten im November 18 französische AKW, die eben nicht am Netz waren, darunter die beiden Blöcke des AKW Fessenheim. Dort wurden Materialmängel an den Dampferzeugern festgestellt. Insgesamt waren im Oktober 21 der 58 Atomkraftwerke nicht am Netz.

So ist es gerade umgekehrt der Fall, wir versorgen die französischen Nachfrager mit deutschem Strom aus erneuerbaren Energien. Sie wissen auch, dass sich gerade aktuell Frankreich sehr vor einem Blackout gefürchtet hat. Da haben wir unsere Angebote für die Franzosen, weil wir einen Stromüberschuss erzeugen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Wir werden dieses Thema weiter aufgreifen. Wenn es sein muss, auch das hundertste Mal; denn steter Tropfen höhlt den Stein. Wir werden auch am 11. März, das ist der sechste Jahrestag des Unfalls von Fukushima, eine Informationsveranstaltung in der Grenzregion Prüm veranstalten, knapp 90 km vom AKW Tihange entfernt. Es geht darum, die möglichen Auswirkungen darzustellen.

Es liegt eine Untersuchung im Auftrag der Städteregion

von einem renommierten Wiener Institut vor. Es gilt, hier mögliche Konsequenzen auf der einen Seite für die deutsche Bevölkerung darzustellen, aber auf der anderen Seite den Dialog mit den belgischen, französischen und luxemburgischen Nachbarn aufzunehmen, um das Thema in unserer Gesamtregion präsent zu machen.

Wir wissen auch – die Landwirte unter Ihnen interessiert das natürlich auch –, dass es durchaus realistische Wahrscheinlichkeiten gibt, dass landwirtschaftliche Produkte aus unserer Region in einem solchen Fall nicht mehr vermarktungsfähig sein werden. Leider liegt die Wahrscheinlichkeit sehr viel höher, als im Lotto zu gewinnen.

Wir haben natürlich auch vor Erscheinen dieser Studie schon sehr viel gemacht. Die Ministerpräsidentin, ich, aber auch Eveline Lemke als Wirtschafts- und Energieministerin haben das – ich sage einmal – ganze Tableau der Möglichkeiten auf diplomatischer und auch rechtlicher Ebene ausgeschöpft. Herr Billen, die Klagebeurteilung wird im Frühjahr vorliegen. Wir werden noch weitergehen und die Klage gegen Tihange erweitern.

Natürlich brauchen wir aber, um unsere französischen und belgischen Nachbarn zu überzeugen, eine wirkliche Antwort. Die Antwort heißt Energiewende; denn wir suchen natürlich nach Alternativen. Selbstverständlich haben wir in Deutschland, übrigens in einem großen Konsens – die Haltung der AfD, es war sehr interessant, die noch einmal dargestellt zu bekommen, ist da eine Ausnahme –, den Konsens der Energiewende.

Wenn Sie sich das vergegenwärtigen, gehen innerhalb dieser Legislaturperiode fast alle deutschen Atomkraftwerke vom Netz. Wenn ich dann hier Zwischenrufe höre, ja, man sollte wieder auf die Kohle setzen und Atomkraft wäre billig, sage ich nein. Wir haben allein mit Mülheim-Kärlich, bei dem wir gerade den Abbau betreiben, mindestens 4,5 Milliarden Euro in den Sand gesetzt, gebaut auf einer Erdbebenspalte. Die Verantwortung dafür sitzt mir gegenüber.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Allein das ist nur ein Aspekt von wegen billig.

Zur Kohle: Besuchen Sie doch einmal unseren saarländischen Nachbarn. Da werden Sie sehen, die Bergbauschäden machen dort ganze Regionen unbewohnbar. Ich, die aus dem nordrhein-westfälischen Teil der Eifel kommt, sage: Gehen Sie einmal Richtung Garzweiler oder auch in die anderen Braunkohleabbaugebiete: Milliarden als Folgeschäden aufgrund von Bergbauschäden, die jeden, und zwar jeden Bürger treffen, ob sie jetzt Eigenheimbesitzer oder Mieterin und Mieter sind.

(Zuruf des Abg. Dr. Timo Böhme, AfD)

Dazu ließe sich noch vieles sagen, aber in Rheinland-Pfalz sind wir eigentlich auf einem guten Weg.

Ich darf auch sagen, es ist natürlich immer eine große Verführung, sich den Bürgerinitiativen anzuschließen, wenn sie sich mit neuen Entwicklungen technischer Art ausein-

anderssetzen, wie es Windanlagen nun einmal sind. Ich darf das als Grüne wirklich sagen; denn auch wir stehen da sehr unter Druck und werden in die Pflicht genommen, weil es natürlich auch um die Menschen, unsere Bürger, geht.

Man muss aber auch sagen, wir haben den Atomausstieg beschlossen, und wir tragen die Verantwortung für eine gute Umsetzung. Darauf ist unsere Wirtschaft angewiesen, die übrigens von sehr guten Energiepreisen durchaus profitiert. Das Teure sind im Moment übrigens die Netzbühren.

Wichtig ist aber, dass wir alle Steuerungsmöglichkeiten wahrnehmen. Es stimmt, da gibt es durchaus noch Handlungsbedarf.

Wir sehen, in Rheinland-Pfalz befinden wir uns beim Ausbau auf einem guten Weg. Bei der Bruttostromerzeugung aus erneuerbaren Energien liegen wir mittlerweile bei 45 %. Auch das Thema E-Mobilität steht übrigens in einem engen Zusammenhang damit; denn irgendwo muss der Strom herkommen. Wenn er nicht aus Kohle und Atom kommen soll, dann sind es eben die Erneuerbaren.

Wir haben mittlerweile bei den dezentralen Speichersystemen erhebliche Fortschritte. Die erste Power-to-Gas-Anlage ist am Netz. Privathaushalte und mittelständische Unternehmen können auf dezentrale Batteriespeichermodule zurückgreifen, die am Markt erhältlich und vielerorts im Einsatz sind.

(Abg. Dr. Timo Böhme, AfD: Das sind Pilotanlagen ohne jegliche Relevanz!)

Wir haben ein sehr intelligentes Projekt, das Designnetz heißt. Dieses setzt auf den Ausgleich zwischen Erzeugung und Verbrauch. Unter der Führung von RWE Innogy – beteiligt sind 46 Partner aus Rheinland-Pfalz, die vom Rhein-Hunsrück-Kreis über die Stadtwerke Trier bis zu den Kommunalen Netzen Eifel reichen – geht es darum, die Möglichkeiten, die Potenziale von drei Bundesländern – Nordrhein-Westfalen, das Saarland und Rheinland-Pfalz – im Ausgleich wirklich auszuschöpfen. Das wird sehr nach vorne weisen.

Wir haben in Pirmasens innovative Anlagensysteme mit erneuerbarer Regelenergie und Speichern. In Trier, in der Eifel geht es um die Umsetzung von Wärmekonzepten, aber auch in der Großregion haben wir ein neues großes INTERREG-Projekt, von dem wir hoffen, dass wir unsere europäischen Nachbarn von den Alternativen zu Atom überzeugen können. Die Liste ließe sich weiter fortführen.

Ich habe gesagt, es besteht Handlungsbedarf. Wir brauchen Planungssicherheit für die Wirtschaft. Das ist ein wichtiger Aspekt nicht nur in Rheinland-Pfalz. Es geht darum, das Thema Eigenstromerzeugung noch einmal aufzugreifen. Es kann nicht sein, dass Netzentgelte für jede Kilowattstunde Strom erhoben werden, die nicht weiter als vom Dach bis zum Herd geflossen ist. Das gilt auch für solche Diskussionen, wie sie jetzt plötzlich von Herrn Schäuble eröffnet werden, eine Stromsteuer auf den Eigenstrom zu erheben. Das toppt das Ganze noch. Eine Mehrwertsteuer auf die Gurke aus dem eigenen Garten

wäre damit vergleichbar.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Sie belasten doch die Bürger am meisten!)

Wir müssen aber natürlich auch die Kohlekraftwerke verstärkt abschalten, die die Netze verstopfen. Auch das Thema Dunkelflaute, das regelmäßig im Januar wiederkommt, ist natürlich eines, zu dem wir sagen können: Dazu sind die Lösungen alle da. Wir müssen sie nur umsetzen und steuerpolitisch handhaben. – Wir sitzen also alle in einem Boot, angefangen von der EU über den Bund und das Land bis hin zu den Kommunen.

Wenn wir daran arbeiten, die Energiewende zu einem wirtschaftlichen Erfolg zu machen – das ist angesichts unserer Unsicherheiten im Exportbereich durchaus eine realistische Möglichkeit –, dann werden wir auch unsere Nachbarn überzeugen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Präsident Hendrik Hering:

Wir dürfen zunächst Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen, und zwar Mitglieder des Kreisverbandes GRÜNE Mayen-Koblenz. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im Hause)

Ferner dürfen wir Schülerinnen und Schüler der 10. Jahrgangsstufe der Realschule plus Altenglan begrüßen. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im Hause)

Aufgrund der von der Landesregierung in Anspruch genommenen Redezeit verlängert sich die Redezeit der Fraktionen jeweils von zwei auf vier Minuten. Wortmeldungen liegen vor. Frau Blatzheim-Roegler, bitte.

(Abg. Michael Billen, CDU: Ich hatte mich aber auch gemeldet!)

– Wir machen das nach einer wohlwollenen Reihenfolge.

Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Billen, das hat noch nicht einmal etwas mit Ladies first zu tun.

Sehr geehrter Herr Billen und sehr geehrter Herr Kollege von der AfD, Sie haben beide in unterschiedlicher Art und Weise versucht – ich will Sie das keinesfalls in einen Topf werfen –, sowohl die Aktualität dieser Aktuellen Debatte als auch das Thema an sich ins Lächerliche zu ziehen.

(Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

Sie konnten es sich natürlich nicht verkneifen, wieder mit uralten und falschen Zahlen und Argumenten zur Energiewende anzutreten. Ich musste mir früher Sprüche anhören

wie: Atomkraftgegner überwintern ohne Strom mit kaltem Hintern. – Da kann es mich jetzt wirklich nicht aus der Fassung bringen, wenn Sie die gute Politik dieser Landesregierung, gerade was die erneuerbaren Energien angeht, in Zweifel ziehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU)

Noch einmal zur Aktualität: Was ist denn unsere Aufgabe als Parlament in diesem Land? – Natürlich die Sorgen, die Anfragen der Bürgerinnen und Bürger aufzunehmen. Ich verweise auf die Open Petition, die der Landrat des Eifelkreises Bitburg-Prüm, Joachim Streit, initiiert hat, die sehr schnell sehr viele Unterstützer gefunden hat. Er klagt an, dass uns die grenznahen Atomkraftwerke Cattenom und Tihange – ich will auch Doel dazunehmen; denn das liegt bei Antwerpen und damit wirklich nicht weit von uns – bedrohen. Er fragt sehr konkret: Was passiert mit meinem Kindern, wenn wir ihnen so etwas hinterlassen? –

Ich sage Ihnen auch, dass wir kürzlich in Bernkastel-Wittlich den Inspekteur der Feuerwehr, der auch Katastropheneinsatzleiter ist, gefragt haben, wie die Katastropheneinsatzplanung aussieht, falls in Cattenom oder auch in Tihange ein Unglück passiert. Natürlich gibt es einen Katastropheneinsatzplan, in dem auch geregelt ist, was man in einem Umkreis von 10, 15 oder 20 km an Vorsorgemaßnahmen ergreifen sollte. Den gibt es von der ADD.

Der Inspekteur der Feuerwehr sagte aber ganz klar, im Grunde genommen, wenn etwas in Cattenom passiert, das vergleichbar ist mit den Unfällen in Fukushima oder in Tschernobyl – die vorher auch keiner für möglich gehalten hat –, kann man gar nichts mehr machen, dann sehen Sie am besten zu, dass Sie so schnell wie möglich hier wegkommen.

Insofern ist es aktuell. Es ist ein aktuelles Thema,

(Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

und glauben Sie mir, keiner bedauert mehr als ich, dass es nach wie vor ein aktuelles Thema ist. Für uns in der Grenzregion ist es auch deshalb ein aktuelles Thema, weil die Anrainerstaaten kein Mitspracherecht bei den grenznahen Atomkraftwerken haben, es keine einheitlichen, EU-weit gültigen Sicherheitsstandards gibt und wir an dieser Stelle tatsächlich ohnmächtig sind.

Genau deswegen brauchen wir aber immer wieder das Engagement der Politik, so, wie die Landesregierung es in den letzten Jahren gemacht hat, und wir brauchen auch die Bundesebene. Wir brauchen beispielsweise Umweltministerin Hendricks, wir brauchen natürlich auch die Kanzlerin,

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

damit sie auf den nationalen Ebenen mit den Partnern in Europa spricht und immer wieder darauf aufmerksam macht.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Jetzt
müssen wir schon für die Kanzlerin
klatschen!)

Solange sich da noch nichts geändert hat, und solange die grenznahen Atomkraftwerke, die Schrottmeiler, uns bedrohen, ist das Thema aktuell.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Präsident Hendrik Hering:

Für die SPD hat Herr Abgeordneter Rahm das Wort.

(Abg. Michael Billen, CDU: Der Präsident
hält keine Reihenfolge mehr bei
Wortmeldungen ein! –
Zuruf aus dem Hause: Doch!)

– Herr Billen, Sie haben die Sitzungsleitung nicht zu kommentieren. Das rüge ich hiermit. Wir haben eine geübte Praxis, dass wir bei Wortmeldungen aller Fraktionen nach der Größe der Fraktionen verfahren.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Und
nicht nach Größe des Redners!)

Da hat die Wahl ein klares Wort gesprochen.

Jetzt hat Herr Abgeordneter Rahm das Wort.

Abg. Andreas Rahm, SPD:

Herr Landtagspräsident, sehr geehrte Abgeordnete! Okay, ich bin ein bisschen klein gewachsen, aber ich bin jetzt trotzdem dran.

Herr Billen, kann denn eine Aktuelle Debatte aktueller sein als diese? Ich habe es erwähnt, vor zwei Wochen hat es in Cattenom gebrannt. Kann denn eine Aktuelle Debatte aktueller sein? Ich sage: Nein!

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Billen, wir müssen uns vielleicht nochmals unterhalten. Sie haben darum gebeten, weitere Informationen zu bekommen, was die Stromlieferung angeht. Ich denke, diese Informationen sind für Sie und Ihre Arbeit zwingend notwendig; denn nach meinen Informationen ist es genau so, wie es von der Ministerin gesagt wurde: Wir l i e f e r n im Moment Strom nach Frankreich. – Wir lassen das prüfen. Ich bin aber überzeugt, dass diese Aussage stimmt.

Wir liefern Strom; denn in Frankreich sind 18 Atomkraftwerke nicht am Netz. Die Franzosen brauchen unseren Strom, damit sie im Winter keinen Blackout haben. Sie heizen sehr viel mit Strom, das ist eine Tatsache. Ich denke, man kann das schwarz auf weiß nachweisen.

Frau Blatzheim-Roegler hat schon ein bisschen angefangen zu reimen. Ich hoffe, dass wir bei solch einem ernstesten Thema nicht zum Atomkraft-„Bashing“ kommen, wie wir es gestern bereits im Kontext eines anderen Thema hatten.

(Abg. Jutta Blatzheim-Roegler: Das war ein
Zitat aus den 80er-Jahren!)

– Genau. Das war schön und sehr passend.

Ich möchte aber noch einen ganz anderen Aspekt in diesem Bereich aufzeigen. Ich möchte noch einmal auf die EEG-Umlage zu sprechen kommen.

Herr Joa, das ist das Lieblingsthema der AfD. Sie haben vorhin nochmals die Kosten angesprochen. Herr Joa, die EEG-Umlage kommt uns teuer zu stehen. Das ist immer wieder ein Vorwurf, und darüber kann man sicherlich trefflich streiten. Schauen wir uns aber den Atomstrom an. Er ist günstig, das wollen uns zumindest manche weismachen. In den abgeschriebenen Meilern könnte Strom konkurrenzlos billig produziert werden, so die Aussage. Würden Kernkraftwerke wegfallen, stiege der Strompreis in Deutschland und Europa. Doch die Realität sieht anders aus.

Meine Damen und Herren, in den vergangenen Jahren ist der Strompreis trotz laufender Atomkraftwerke um 50 % gestiegen. Befürworter der Atomkraft argumentieren wiederum, dass der Strompreis ohne Atomkraftwerke noch höher sein würde. Zum Vergleich gibt man zu, Windstrom kostet fast das Dreifache, Solarstrom kostet bei älteren Anlagen sogar noch mehr als das Dreifache. So zahlt der Kunde über seine Stromrechnung für die gleiche Menge mehr Geld. Tatsächlich scheint die Atomkraft doch sehr günstig zu sein.

Wir wissen aber, dass Strom an der Börse gehandelt wird. Den Preis bestimmen Angebot und Nachfrage,

(Abg. Uwe Junge, AfD: Der sinkt ja!)

und siehe da, der Atomstrom ist nicht günstiger als alternativer Strom; denn er wird nicht nach Herkunft oder Produktionsart, sondern nach Kilowattstunde gehandelt. Atomstrom rechnet sich heute mit großen Gewinnspannen für die Betreiber der Atomkraftwerke nur noch, wenn er mit alten, abgeschriebenen Atomkraftwerken produziert wird.

(Abg. Martin Haller, SPD: So sieht es nämlich aus!)

– Darüber können wir immer noch diskutieren. Warten Sie, es kommt noch etwas.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Kauft heute jemand ein Windrad, kommt er nicht nur für die Produktionskosten auf, sondern auch für Entwicklungskosten der Technik. Hat das Windrad nach 20 Jahren seinen Job getan, muss er auch die Verschrottung bezahlen, das wissen wir. Dies alles entfällt, wenn man kein Windrad, sondern ein Atomkraftwerk baut und betreibt. Wer da zahlt, wissen wir auch.

Wenn man jetzt noch die enormen Kosten hinzurechnet, die die Endlagerung verursacht, kann man nur von Glück reden, dass noch niemand auf die Idee gekommen ist, diese Kosten, wie es beim EEG passiert, auf den Strompreis umzulegen. Ich würde gerne die Entrüstung hier im Hause und der AfD über den sich entwickelnden Strompreis hören.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ein Endlager müsste nach deutschem Recht 1 Million Jahre sicher sein. – Ich komme zum Ende. – Schon die heutigen Zwischenlagerkosten zahlt der Deutsche über seine Steuerlast. Wer weiß, was Atom Müll in 20, 50, 100, 10.000, 1 Million Jahren kostet. Die Kraftwerksbetreiber verweisen auf ihre Verträge, nach denen der Steuerzahler hierfür aufkommen muss. Wir!

Fakt ist, auch die Endlagerung muss der Bürger bezahlen, und das war es dann mit der Mär vom billigen Atomstrom.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweizer, SPD: Sehr gut!)

Präsident Hendrik Hering:

Jetzt hat Herr Abgeordneter Billen für die CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Michael Billen, CDU:

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe die Aktualität noch immer nicht erkannt. Wenn ich das richtig sehe, geht es im Antrag zur Aktuellen Stunde um die alten Meiler Cattenom und Tihange an der Grenze.

Frau Ministerin, da ändert sich nur etwas, da können die hier – – – Ich meine, Aktuelle Stunde, ein Dreivierteljahr nachdem die Online-Petition hier übergeben worden ist!

(Abg. Astrid Schmitt, SPD: Nein!)

Ein Dreivierteljahr. Ich habe mit unterschrieben. Sie ist doch ein Dreivierteljahr alt. Jetzt ist es aktuell für Sie. Lahmer geht es nicht.

(Staatsministern Ulrike Höfken: Nein, das war an den Landtag!)

Also nochmals, in aller Ruhe. Wenn ich das richtig weiß, prüfen Sie seit einem Dreivierteljahr, ob es eine juristische Möglichkeit gibt, gegen Cattenom zu klagen.

(Staatsministern Ulrike Höfken: Ich nicht, die Anwaltskanzlei!)

– Die Anwaltskanzlei.

(Staatsministern Ulrike Höfken: Aber nicht ein Dreivierteljahr!)

Als wir in Aachen entschieden haben – ich war dabei, Frau Ministerin, da ist das Land nur nicht beigetreten –, gegen Tihange zu klagen, hat es drei Monate gedauert, bis die Anwaltskanzlei sagte, es gibt den Ansatz, jetzt machen wir das.

(Staatsministern Ulrike Höfken: Das war auch einfacher!)

Wenn eine Anwaltskanzlei ein Dreivierteljahr oder ein Jahr braucht,

(Staatsministern Ulrike Höfken: Nein!)

um einen Ansatz für eine Klage zu finden, müssen Sie wenigstens hier über den Zwischenstand berichten können und sagen, es gibt eine Chance oder die Kanzlei sieht keine rechtliche Chance. Das kann ja sein. Das wäre sehr bedauerlich. Das wäre aber aktuell, wenn man dann feststellen würde, man hat keine rechtliche Chance.

Darüber reden wir. Eine andere Chance, außer dass wir immer wieder in Gesprächen – – Das hat außerdem Bundesumweltministerin Hendricks auch getan, das hat auch Frau Merkel in Gesprächen getan,

(Staatsministern Ulrike Höfken: Und wir auch!)

nämlich zu sagen, nein, das wollen wir nicht, sondern wir brauchen den Gesamtausstieg, weil die Kraftwerke zu alt sind. Die Bundesregierung hat zwar nicht gegen Tihange geklagt, aber sie hat zumindest gesagt, nein, das wollen wir nicht, das ist zu gefährlich.

Eine andere Chance, in Frankreich beide stillzulegen, werden wir nicht bekommen. Das können wir hier hundertmal diskutieren.

Bitte prüfen Sie wirklich einmal, wann Strom – Sie können die Luxemburger direkt mit prüfen, das sieht man ja dann – von diesen Kraftwerken nach Deutschland läuft. Es ist nicht die Frage, dass wir in der Gesamtbilanz mehr Strom nach Frankreich liefern,

(Staatsministern Ulrike Höfken: Ah!)

sondern die Frage ist, ob der Atommeiler Cattenom auch für die Grundlastfähigkeit – da muss man ein bisschen technisches Verständnis haben –, für die Basis in Deutschland genutzt wird, und das ist so. Er wird auch in Luxemburg dafür genutzt, und das ist so.

(Beifall bei der AfD)

Ja, das ist ein bisschen schwierig. Ich war auf einer Versammlung, da hat oben ein Wissenschaftler gesagt, die Ohmschen Gesetze können wir nicht ändern. Dann hat unten jemand gesagt – das war zufällig ein Grüner, hätte aber auch ein anderer sein können –, die Ohmschen Gesetze werden wir auch noch ändern. Das geht aber nicht! Die physikalischen Gesetze und bestimmte Grundsätze werden wir nicht ändern können.

Nochmals: Welche Gefahren davon ausgehen, wissen wir seit Jahren. Das wissen wir spätestens seit Tschernobyl, aber das wissen wir auch seit Fukushima. Wer hat das vorhin gesagt? Frau Blatzheim-Roegler, der Mann hat doch recht! Wenn ein Unfall wie in Fukushima in Cattenom passiert, dann bleibt uns nur noch, den Ausweis, wenn man einen hat, ein bisschen Bargeld und die Familie einzupacken, sich ins Auto zu setzen und schnell zu fahren. Das ist doch so.

(Zuruf von der SPD)

Das wissen wir aber. Das ist nicht aktuell. Das wissen wir. Mit der Angst werden wir hier aber nicht weiterkommen, sondern

(Glocke des Präsidenten)

die entscheidende Frage ist – Herr Präsident, ich komme zum Ende –: Gelingt es uns, wenn nicht politisch, dann über den Klageweg, gegen diese Meiler vorzugehen? – Wir sind uns darin einig, dass wir sie weg haben wollen. Insofern nichts Aktuelles.

(Zurufe von SPD: Kein einziger Beifall! Das ist ja lustig! Das muss ins Protokoll! Totenstille!)

Präsident Hendrik Hering:

Für die AfD-Fraktion hat Herr Dr. Böhme das Wort.

Abg. Dr. Timo Böhme, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen! Ich nehme Bezug auf den Beitrag der SPD. Sie tun ja gerade so, als hätte die AfD die Kernkraftwerke hier in Deutschland errichtet.

(Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Überschätzen Sie sich mal nicht!)

Als diese errichtet wurden, gab es uns noch gar nicht. Deswegen geht es nicht um die Grundfrage, Atomenergie oder nicht Atomenergie, sondern es geht darum, was wir mit den vorhandenen Kernkraftwerken machen, wie lange sie noch sinnvoll nutzbar sind. Natürlich muss man sich um die Entsorgung kümmern, aber das wird der Steuerzahler bezahlen müssen, wenn Sie nämlich die ganzen großen Energiehersteller kaputtgemacht haben, die gar kein Geld mehr dafür haben, dort einzutreten.

Was Frau Ministerin Höfken betrifft, muss ich sagen, ich bin absolut frustriert, dass sie sich dazu hinreißen lässt, ständig Falschaussagen zu machen.

(Staatsministern Ulrike Höfken: „Fake News“!)

Das ist mir schon vor längerer Zeit aufgefallen, als wir über das Vorsorgeprinzip in den USA und Kanada gesprochen haben und Sie eine Behauptung aufgestellt haben, die jeder Grundlage entbehrt.

(Staatsministern Ulrike Höfken: Genau!)

Sie haben vorhin die Behauptung aufgestellt, wir hätten den Zwischenruf gemacht, dass wir Kohlekraftwerke haben wollen. Dieser Zwischenruf ist nicht erfolgt. Das möchte ich ins Protokoll aufgenommen haben.

(Beifall der AfD)

Auch inhaltlich sind Ihre Aussagen völlig falsch. Das Saarland ist nicht mehr bewohnbar und verwüstet? Wissen Sie, ich komme aus dem Erzgebirge. Wir haben heute noch Bergschläge, die auf den Erzbergbau, den Silberbergbau im Erzgebirge zurückgehen. Das ist die Geschichte dieses

Landes. Ohne Kohle hätte die Geschichte dieses Landes wirtschaftlich und sozial ziemlich schwach ausgesehen, Frau Ministerin.

(Beifall der AfD)

Frankreich wird seine Grundlast nicht mit deutschem Zapfelstrom sichern. Auch das ist eine Fehlbehauptung, Frau Ministerin.

(Beifall der AfD)

Power-to-Gas, das sind Pilotanlagen ohne jegliche wirtschaftliche Relevanz. Auch das ist eine Fehlbehauptung.

(Beifall der AfD –
Zurufe aus dem Hause)

Elektromobilität wird mit viel Enthusiasmus und Steuergeld vorangetrieben, stößt bei den Bürgern aber kaum auf Interesse. Warum? Weil die Technologie noch nicht ausgereift ist, gerade im Hinblick auf Batterietechnologien. Auch eine Falschaussage. Das ist ebenfalls nicht die Lösung der Probleme.

(Zuruf der Abg. Jutta Blatzheim-Roegler,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ja, die BASF forscht daran, aber ich sage Ihnen, ich bin nicht überzeugt davon, ob das der große Bringer werden wird.

Auch bei Opel – das hatten wir heute Morgen – würde ich sehr vorsichtig sein, einseitig auf Elektrotechnologie und Elektromobilität zu setzen.

(Zuruf der Abg. Jutta Blatzheim-Roegler,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie hier sagen, Atomkraftwerke müssen entsorgt werden, und es kommen Kosten, ist das alles richtig. Das ist aber eine Tatsache, an der wir ohnehin nicht vorbeikommen, ganz klar. Windkraftanlagen werden auch irgendwann einmal entsorgt werden müssen, Frau Ministerin.

(Zuruf der Abg. Jutta Blatzheim-Roegler,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Fundamente gehen bis fünf Meter in den Boden hinein. Ackerbau wird dort nie wieder möglich sein. Auf diesen Flächen wird kaum mehr ein Baum wachsen.

(Beifall der AfD)

Führen wir hier doch endlich eine Diskussion mit Fakten und Realitäten, so, wie wir das diese Woche schon einmal besprochen und diskutiert haben. Machen Sie nicht ständig Falschaussagen!

Danke schön.

(Beifall der AfD)

Präsident Hendrik Hering:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Somit ist der zweite Teil der Aktuellen Debatte beendet.

Ich kommen nun zum dritten Thema der

Aktuellen Debatte

Verpasste Chancen – nicht abgerufene Bundesgelder durch die Landesregierung für den Straßenbau

auf Antrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 17/2293 –

(Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Höchste Aktualität!)

Für die CDU-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Wieland.

Abg. Gabriele Wieland, CDU:

Herr Minister, meine Damen und Herren! „Land kann nicht alle Millionen vom Bund nutzen.“ – So lautete zum Jahreswechsel nicht nur in der „Rhein-Zeitung“ die Schlagzeile.

Es geht um Bundesmittel für Autobahnen und Bundesstraßen, die vom Land nicht abgerufen wurden. Damals war die Rede von 31 Millionen Euro, die nicht verbaut wurden in Rheinland-Pfalz. Wir haben nachgefragt, und als Antwort auf eine Kleine Anfrage des Kollegen Alexander Licht hat das Ministerium ganz aktuell mitgeteilt, es sind 46,2 Millionen Euro, die das Land nicht genutzt hat.

Natürlich gibt es in der Antwort des Ministeriums eine Erklärung: „Im Ergebnis konnte erreicht werden, dass 19 Millionen Euro mehr Mittel als im Vorjahr verausgabt werden konnten.“ – Anmerkung von mir: Nicht darauf hingewiesen ist, dass im Vorjahr gegenüber den Vorvorjahren deutlich weniger verbaut wurde.

(Beifall der CDU)

Es geht weiter mit der Erklärung: „Gleichwohl war es in 2016 aufgrund des kurzfristigen Anstiegs der zugewiesenen Bundesmittel nicht möglich, diese in vollem Umfang auszuschöpfen.“

Das kennen wir, natürlich ist der Bund schuld. Sie wollen uns eine Geschichte erzählen, die Geschichte, dass der Bund so sprunghaft, unberechenbar und viel zu kurzfristig Mittel bereitstellt. Aber die Voraussetzungen sind in allen Bundesländern gleich. Fragen Sie in anderen Bundesländern nach.

(Beifall der CDU)

Fragen Sie beispielsweise in Bayern nach, warum es dort klappt.

Fakt ist, dass Rheinland-Pfalz geschlafen hat. Der Bund hat den Etat für Sanierung und Ausbau von Autobahnen und Bundesstraßen in Rheinland-Pfalz aufgestellt, aber das Land hat die Planung verschlafen und konnte infolgedessen nicht bauen und muss Geld zurückgeben.

(Abg. Hans Jürgen Noss, SPD: Ach, du
meine Güte!)

Sie schreiben selbst, dass die Ingenieurskapazitäten beim LBM an den jährlich zur Verfügung stehenden Mitteln für

den Straßenbau bemessen werden. Um die Kapazitäten zu bestimmen, bräuchten Sie gesicherte Erkenntnisse über das Volumen der zur Verfügung stehenden Finanzierungsmittel. Das ist der falsche Ansatz.

(Beifall der CDU)

Andere Bundesländer setzen bewusst auf Vorratsplanungen und auf politische Zusagen und Entwicklungen und schaffen es damit, zusätzliche Mittel zu erhalten. Die Landesregierung dagegen tut so, als ob sie vom zusätzlichen Geld vom Bund überrascht wurde. Dabei kam die Investitionsoffensive für Bundesfernstraßen alles andere als überraschend. Bereits 2011 wurde das entsprechende Infrastruktur-Beschleunigungsprogramm für Bundesfernstraßen erarbeitet und 2012 im Haushaltsausschuss des Bundestages verabschiedet. Man sollte meinen, dass fünf Jahre genug Vorlauf sind.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Auch im Landtag war der Personalbedarf beim LBM in den vergangenen Jahren regelmäßig Thema. So hat beispielsweise Herr Kollege Licht 2015 eindringlich auf die Überlastung beim Personal und die Überstunden hingewiesen, und auch der Rechnungshof schrieb, es sollte geprüft werden, wie das höhere Investitionsvolumen des Bundes abgewickelt werden könne.

Der Kern des Problems ist bei der alten rot-grünen Landesregierung zu suchen. Im letzten Koalitionsvertrag wurde angekündigt, dass LBM und LBB das Volumen ihrer Baumaßnahmen signifikant reduzieren müssen. Das hatte Personalreduzierungen zur Folge.

Ich weiß, Sie werden jetzt gleich sagen: Wir haben doch alle für die Schuldenbremse gestimmt. – Ja, aber wir hätten andere Schwerpunkte gesetzt.

(Beifall der CDU)

Darauf haben wir immer hingewiesen. Wir haben betont, dass Investitionen in die Infrastruktur Maßnahmen der Wirtschaftsförderung sind. Wie nötig das ist, sehen Sie auch anhand der aktuellen Wirtschaftszahlen – zugegebenermaßen gute Zahlen mit einer guten Entwicklung, aber die Steigerungsraten liegen laufend hinter den Steigerungsraten des Bundes und der übrigen Länder. Das heißt, Rheinland-Pfalz fällt im Vergleich weiter zurück.

(Beifall der CDU)

Herr Minister Wissing, Sie haben reagiert. Sie haben uns erläutert, dass der LBM auf Personalsuche ist. Schön, aber reichlich spät. Andere Länder und Ingenieurbüros haben wesentlich früher reagiert, sodass der Markt abgegrast ist. Es ist allerhöchste Zeit zu handeln. Jetzt sind Stellen ausgeschrieben, aber immer noch ist der Stellenabbau festgeschrieben. 180 Stellen sind nach wie vor zum Abbau im Programm festgeschrieben. Das sollte spätestens jetzt infrage gestellt werden.

(Beifall der CDU –

Abg. Alexander Licht, CDU: Das sind die eigenen Angaben! Die Angaben aus dem LBM!)

Ein weiterer Punkt ist mir noch wichtig. Andere Länder machen große Programme für die Vergabe an externe Ingenieurbüros. Auch in diesem Bereich gibt es in Rheinland-Pfalz dringenden Nachholbedarf.

Ein letzter Punkt: Genauso erneuerungsbedürftig ist das Personalmanagement und das Akquisemanagement.

(Glocke des Präsidenten)

Während Sie besondere Maßnahmen wie zum Beispiel Stellenanzeigen und Postkarten an Universitäten nennen, akquirieren andere moderne Betriebe mit anderen Maßnahmen wie „Ing.-Tours“,

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Das kennt er nicht!)

spezielle Praktika, moderne Auftritte auf Messen.

(Glocke des Präsidenten)

So viel zunächst dazu.

Es gibt ein schönes Sprichwort dazu: Wenn es Brei regnet, muss man Löffel raushalten. – Wir sollten Löffel raushalten.

(Beifall der CDU –

Abg. Julia Klöckner, CDU: Sehr gut!)

Präsident Hendrik Hering:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Oster das Wort.

Abg. Benedikt Oster, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als ich gestern bis kurz vor Ende der Abgabefrist der Aktuellen Debatte noch nichts von der CDU gehört habe, habe ich gedacht, heute muss eine brandaktuelle Debatte ins Haus schneien. Als uns dann Ihre Debatte zum Thema „Bundesgelder zurückgegeben“ erreichte, habe ich mich daran erinnert, dass ich doch vor Kurzem etwas dazu gelesen hatte. Ich habe einmal nachgeschaut, es ist die Drucksache 17/2178 genau zu diesem Thema.

Frau Kollegin, Sie haben es gesagt, genau dazu gibt es aktuell die Beantwortung einer Kleinen Anfrage, in der genau diese Punkte beantwortet sind. Deshalb muss ich sagen, tagesaktuell ist das, was Sie heute in die Debatte einbringen, bestimmt nicht.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Abg. Hans Jürgen Noss, SPD: Sehr
richtig! –

Abg. Alexander Licht, CDU: Tagesaktuell!
Was für ein Geschwätz! Tagesaktuell ist die
Konsequenz, die Sie nicht ziehen! Das ist
tagesaktuell!)

Darüber hinaus ist es schon erstaunlich, wie einseitig Sie dieses Thema angehen. Sie erwähnen mit keinem Wort, dass der Landesbetrieb Mobilität in den letzten Jahren

immer mehr Geld abgerufen hat, als ihm vom Grundbetrag zustand. Ich habe einmal zusammenaddiert, welche Summe dies in den letzten zehn Jahren ergibt, und dabei kommen wir auf sage und schreibe 239 Millionen Euro,

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Die Tatsache ist doch jetzt!)

die der LBM zusätzlich in den letzten zehn Jahren verbaut hat, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, an dieser Stelle muss man ein Dankeschön an die Ingenieure, die Techniker, die Bauzeichner und an die Bauwarte verlieren, die in höchster Leistung dazu beigetragen haben, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Abg. Alexander Licht, CDU: Da haben Sie aber Glück, dass Sie die ersten fünf Jahre dazuzählen! Es geht nur um die letzten fünf Jahre!)

Darüber hinaus stellen Sie es so dar, als sei Rheinland-Pfalz das einzige Land, das 2016 habe Gelder zurückgeben müssen, Frau Kollegin. Das ist falsch. Sechs weitere Länder mussten dies auch tun, und selbst die großen Länder wie Bayern, die Sie immer zitieren, haben gesagt, dass sie den Anstieg, den sie vom Bund bekommen haben, im nächsten Jahr in dieser Form nicht mehr bewältigen können. Man muss einfach einmal ganz plausibel sagen, man kann doch nicht von heute auf morgen die Gelder drastisch anheben und dann verlangen, dass man sie insgesamt verbaut und verplant. Man braucht Vorlaufzeit, und das geht nicht so einfach, wie Sie es heute geschildert haben.

Wir in Rheinland-Pfalz haben gezielt und nach Bedarf eingestellt, und wir planen auch gezielt und nach Bedarf. Das muss man noch einmal deutlich sagen.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Abg. Alexander Licht, CDU: Das sieht der eigene Betrieb aber anders, und das wissen Sie, Herr Kollege!)

Des Weiteren komme ich zu Ihren Aussagen im Bereich Planung und Vorratsplanung. Ich frage mich: Wie stellen Sie sich denn das vor? – Zum Bereich Planung muss man sagen, dass wir vom Bund nur 3 % der Planungskosten bekommen, uns als Land kostet es jedoch 15 %. Darüber reden Sie gar nicht, das ist alles selbstverständlich, was wir als Land bei Baumaßnahme für Baumaßnahme noch on top tragen. Darüber verlieren Sie kein Wort.

Das Nächste ist die Vorratsplanung. Ich verstehe wirklich nicht, wie Sie sich das vorstellen. Sollen wir Leute nach Beliebigkeit einstellen nach dem Motto: Heute brauchen wir dich einmal, mach doch bitte ein paar Vorratsplanungen. Morgen brauchen wir dich nicht mehr, gehe wieder nach Hause? – Wie stellen Sie sich das vor?

Wir stellen gezielt Leute nach Bedarf ein, und wenn uns

der Bund von heute auf morgen Millionenbeträge vor die Füße schmeißt, können wir so schnell nicht darauf reagieren.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Des Weiteren sagen Sie, der Ingenieurmarkt sei leergefegt, und andere Länder seien schneller gewesen als wir. Reden Sie doch einmal mit Ihren Kollegen in anderen Bundesländern. Dieses Problem haben alle Bundesländer, und nicht nur Rheinland-Pfalz.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So sieht es aus!)

Sie sagen doch immer, Sie sind nahe dran an der Wirtschaft. Dann reden Sie doch einmal mit den Ingenieurbüros. Auch dort besteht ein Bedarf, und auch sie können keine Aufträge mehr annehmen. Sie reden uns als Rheinland-Pfälzer ein Problem an den Hals, das kein rheinland-pfälzisches Problem ist, sondern ein bundesweites Problem, meine Damen und Herren.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Ich sage noch einmal, man kann das nicht so pauschal und einfach darstellen, wie Sie es heute getan haben. Wir haben einen leistungsfähigen Landesbetrieb Mobilität, und wir sind dankbar für die Arbeit, die er tagtäglich leistet.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Hohe Energie! Hoher Einsatz!)

Präsident Hendrik Hering:

Für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Ahnemüller das Wort.

Abg. Jens Ahnemüller, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie schon gehört, hat der Kollege Alexander Licht mit einer Kleinen Anfrage in Erfahrung gebracht, die Landesregierung habe gut 46 Millionen Euro Bundesmittel nicht abgerufen.

(Abg. Martin Haller, SPD: Herr Licht ermittelt! –

Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Das war frech!)

Genau diese Mittel waren für den Straßenbau in Rheinland-Pfalz vorgesehen. Ich wiederhole, 46 Millionen Euro für den Straßenbau wurden nicht abgerufen.

Die Begründung von Herrn Verkehrsminister Volker Wisling will ich mit Zustimmung des Präsidenten wörtlich aus der Antwort der erwähnten Anfrage zitieren.

(Abg. Hans Jürgen Noss, SPD: Wir haben doch alle Zahlen! Das ist doch Quatsch!)

„Für die Bestimmung der zukünftig erforderlichen Kapazitäten bedarf es daher gesicherter Erkenntnisse über das

Volumen der zukünftig zur Verfügung stehenden Verkehrsfinanzierungsmittel für die Bauaktivitäten bei Bundesfern-, Landes- und Kreisstraßen.“

Außerdem geht aus der Antwort hervor:

„Das Land als Auftragsverwaltung kann nicht Ingenieure einstellen, wenn der Bund kurzfristig mehr Mittel zur Verfügung stellt, und sie später wieder entlassen, wenn der Bund die Mittel zurückfährt.“

Herr Dr. Wissing, Sie wissen selbst, das ist ganz kleines Karo. Sie geben trotz dringend anstehender Infrastrukturprojekte und überfälliger Sanierungsmaßnahmen 46 Millionen Euro ungenutzt an den Bund zurück, weil das Land sich Ihrer Meinung nach ein paar Ingenieure mehr nicht leisten könne.

Gehen wir einmal nur für einen kurzen Moment davon aus, die Regierung habe tatsächlich zu viele Skrupel, um bei Ingenieuren eine ähnliche Politik der kurzfristigen Verträge zu fahren, wie sie das schon lange bei Gymnasiallehrern tut. Herr Wissing, bei so wichtigen und dringenden Verkehrsprojekten darf keine Arbeitskraft zu teuer sein.

(Beifall der AfD)

Bayern zeigt, wie es geht. Laut der „WELT“ schafft es der Freistaat jedes Jahr, mehr zu bauen als anfangs geplant. Als wesentlichen Grund führt das Blatt die gut besetzte Straßenbauverwaltung an.

Herr Dr. Wissing, Ihre Selbstverteidigungslogik ist aber nicht nur kleinkariert, sondern auch völlig ungläubwürdig.

(Beifall der AfD)

Aus der Antwort Mitte Oktober 2016 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Baldauf und Wieland geht hervor, das Verkehrsministerium plane bis 2020 einen Stellenabbau beim Landesbetrieb Mobilität von 180 Mitarbeitern. Somit bewirkt der Verkehrsminister-Effekt die Arbeitskräfteknappheit, die er an anderer Stelle beklagt.

Herr Dr. Wissing, ohne die nötige qualifizierte Mannschaft hinter Ihnen werden Sie auch in Zukunft die Bundesmittel nicht einsetzen können. Sie müssen doch aus Fehlern gelernt haben.

(Beifall der AfD)

Meine Damen und Herren, in diesen 46 Millionen Euro ungenutzter Mittel finden Sie die Antwort auf die Frage nach den vielen verschleppten Raumordnungsverfahren, die überfälligen Sanierungsmaßnahmen, den unproduktiven Streit mit Kreisräten über die Finanzierung von Straßen und Brücken und allgemein den fehlenden Mut zum Lückenschluss in unseren Verkehrsverbindungen. Beispiele bräuchte ich eigentlich nicht zu nennen, die A 1 als Stichpunkt reicht sicher, damit ein Bild vor Ihren Augen entsteht.

Danke schön.

(Beifall der AfD)

Präsident Hendrik Hering:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Wink das Wort.

Abg. Steven Wink, FDP:

Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch einmal erwähnen: 600 Millionen Euro an Landesgeld bis Ende der Legislaturperiode, wichtige Projekte wie der Lückenschluss der A 1, die Rheinbrücke bei Wörth oder den Ausbau der B 10. – Der Verkehrsminister Dr. Volker Wissing leistet nicht nur im Bereich Verkehr hervorragende Arbeit.

(Beifall der FDP, der SPD und des Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das muss auch die Oppositionsreihe einmal anerkennen.

(Zuruf von der AfD: Das muss sie gar nicht!)

Da sie das aber natürlich nicht übers Herz bringen, begeben Sie sich lieber auf die Suche, wo man den Finger in die Wunde legen könnte,

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Das ist die Aufgabe der Opposition!)

stoßen auf nicht abgerufene Bundesmittel und empören sich, warum der bereitstehende Topf nicht vollständig abgeräumt wurde. Das ist erst einmal Ihr gutes Recht. Fakt ist aber – das gehört zur Wahrheit dazu –,

(Abg. Alexander Licht, CDU: Jetzt kommt es aber!)

das alles in der Macht Stehende getan wurde,

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Wir haben uns bemüht!)

einen größtmöglichen Teil der zur Verfügung stehenden Mittel innerhalb der acht Monate für den Straßenbau abzurufen

(Abg. Alexander Licht, CDU: Es leider nicht geschafft haben!)

und letztendlich auch sinnvoll in unser Straßennetz zu investieren.

(Beifall der FDP – Zuruf des Abg. Gerd Schreiner, CDU)

Die Freien Demokraten, jetzt hören Sie doch einmal zu

(Abg. Gerd Schreiner, CDU: Ich frage nur!)

– nein, hören Sie doch einmal zu, es ist alles gut, alles gut, ruhig, ruhig –, und die Ampelpartner stehen zum Wort. Wir wollen Straßen bauen.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Ja!)

Wer Straßen bauen will – den Punkt hatten wir auch –, hat einen höheren Planungsbedarf.

(Abg. Thomas Roth, FDP: So ist es! –
Abg. Alexander Licht, CDU: Ja!)

Da der Minister das weiß, hat er Überstunden angeordnet. Er hat zusätzliche Planungsbüros beauftragt und mit Schnellläufern gegengesteuert.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Oh!
Schnellläufer?)

Zudem sind doch in 2016 25 zusätzliche Stellen für Ingenieurinnen und Ingenieure beim LBM geschaffen worden. Mit diesem Kraftakt ist es gelungen – Frau Wieland hat es erwähnt –, in 2016 knapp 20 Millionen Euro mehr an Bundesmitteln abzurufen, als dies im Vorjahr der Fall war. 2017 gibt es noch einmal 31 Ingenieurstellen obendrauf, um die Infrastrukturplanung zu realisieren. In einem kurzen Zeitraum, also acht Monate von Mai bis Dezember, ist es dem Verkehrsministerium, dem LBM und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (den Sie meiner Meinung nach mit diesem Antrag auch ans Schienbein treten)

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr richtig!)

somit gelungen, ein Planungsdefizit auszugleichen, das nicht zuletzt dadurch entstanden ist, dass der Bund jahrelang die Mittel heruntergekürzt hat.

(Beifall bei FDP und SPD –
Abg. Thomas Roth, FDP: So ist es!)

Verstehen Sie mich nicht falsch,

(Abg. Alexander Licht, CDU: Das
Schienbein hat von den letzten fünf Jahren
so viele blaue Flecken!)

wir begrüßen natürlich, dass es mehr Geld gibt und die Aufstockung kam. Die Aufstockung ist aber nur dann gewinnbringend, wenn die Planungen der Bundesregierung künftig auf diesem Niveau bleiben und sich nicht wieder sprunghaft bewegen und somit verlässlich sind.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Herr Kollege!)

Die Freien Demokraten sehen den Verkehrsminister auf einem guten Weg.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Wir
auch!)

Allerdings ist das Steuergeld der Bürgerinnen und Bürger natürlich auch zu kostbar, um es in nicht ausreichend vorbereitete oder nicht sinnvolle Projekte zu stecken, nur um Ihrem Anspruch gerecht zu werden.

(Beifall des Abg. Dr. Bernhard Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihr Anspruch kann bei diversen Infrastrukturthemen durchaus einmal variieren. Das haben wir gestern gesehen und heute wieder. Das variiert mal so, mal so.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU –
Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN: Komm' mal in die erste Reihe,
damit man Dich versteht!)

Unser Motto ist „Wir bauen nach den Bedürfnissen der Menschen in unserem Land“. Das ist ganz einfach.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Das sollte nicht nur Ziel der Freien Demokraten, der Ampelpartner oder der Landesregierung sein, sondern das sollte auch der Anspruch der CDU-Fraktion sein. Zu diesem Leitbild hätten Sie sich bekennen können. Um es also mit Ihrem Antragstitel zu sagen: Chance verpasst.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Wir dürfen als weitere Gäste Schülerinnen und Schüler des Leistungskurses Sozialkunde am Gymnasium Nieder-Olm begrüßen. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im Hause)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Blatzheim-Roegler das Wort.

Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Aktuelle Stunde heißt „Verpasste Chancen – nicht abgerufene Bundesgelder durch die Landesregierung für den Straßenbau“. Ich war auch irritiert, weil ich die Kleine Anfrage des Kollegen Alex Licht sowie deren Beantwortung als Drucksache 17/2178 erst vor zwei Wochen gelesen hatte. Ich denke mir, weil wir auch gerade bei der Aktualität von aktuellen Debatten waren, man könnte auch sagen: Verpasste Chance – unsinnige Aktuelle Stunde der CDU kostet Lebenszeit. – Aber gut.

(Heiterkeit bei der SPD –
Beifall des Abg. Dr. Bernhard Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Defizit beim Mittelabruf, das die CDU hier beklagt, ging auf die gestiegenen Zuweisungen des Bundes zurück. Das erschließt sich auch aus der Antwort auf die Kleine Anfrage, die das Wirtschaftsministerium der CDU bzw. dem Kollegen Licht geschrieben hat. Ich sage Ihnen, Ihre Aktuelle Debatte geht ins Leere. Jetzt bin ich wahrscheinlich die Letzte, die danach lechzt, möglichst viel Geld für Straßenbau auszugeben,

(Abg. Joachim Paul, AfD: Das glaube ich!)

aber hier wird immer nur von Straßenbau geredet. Viel wichtiger ist das, was wir in der letzten Legislaturperiode gemacht haben

(Abg. Alexander Licht, CDU: Das waren
verlorene Jahre!)

und was im Übrigen auch Ziel dieser Regierung ist, nämlich das, was im Übrigen auch der Landesrechnungshof

an anderer Stelle angemahnt hat, die Gelder auch in die Sanierung und Instandhaltung des jetzigen Netzes zu stecken. Auch die sind natürlich bei den Mitteln, die wir vom Bund bekommen, mit eingerechnet.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Nein, nein, nein! Frau Kollegin, nein!)

Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen, wenn wir beim Thema Verkehr sind, 20 % der energiebedingten Treibhausgasemissionen gehen auf den Verkehr zurück.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Null Ahnung!)

Die dringend notwendige Energiewende ist schlichtweg ohne den Verkehrssektor nicht machbar.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Wie sind Sie denn heute nach Mainz gekommen, Frau Kollegin? Mit dem Fahrrad oder wie?)

Auch deswegen ist es für uns eine Aufgabe, die vorhandenen Wege, Strecken und Straßen gut zu pflegen. Verpasste Chancen könnte man eher der Politik des Bundesverkehrsministers vorwerfen, nämlich verpasste Chancen bei einer nachhaltigen Verkehrspolitik, verpasste Chancen bei einem vernünftigen und nachhaltigen Bundesverkehrswegeplan statt der x-ten Wunsch-dir-was-Liste, verpasste Chancen beim Ausstieg aus der vermurksten Pkw-Maut, verpasste Chancen beim Ausbau der Moselschleusen – darauf komme ich gleich noch einmal zurück – und verpasste Chancen bei einer den Ländern wirklich gerecht werdenden Lösung des Beitrags der Regionalisierungsmittel.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Den Hochmoselübergang hast du jetzt gerade noch vergessen!)

Und dann wirft Dobrindt irgendwann einmal nebenbei ein paar Millionen Euro unter die Bundesländer für zusätzliche Investitionen in einem Zeitraum von 2016 bis 2018 – für zwei Jahre.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Aber komischerweise verbaut Bayern das! –
Abg. Alexander Licht, CDU: Den Hochmoselübergang hast du vergessen!)

Weil Planungen nicht abgeschlossen werden konnten oder die Baukapazitäten nicht ausreichten, konnten auch andere Länder – Herr Oster hat es eben erwähnt – ihre Gelder, die sie so nolens volens vom Bund zugewiesen bekommen haben, nicht ausgeben. Das haben Sie eben bezweifelt, aber ich lese es Ihnen vor. Es sind neben Baden-Württemberg auch Hessen, Bremen, Niedersachsen, Thüringen, und – Sie haben es gehört – auch Bayern wird mit den unfreiwilligen Pfründen aus Berlin nicht so ohne Weiteres fertig.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Das stimmt ja gar nicht!)

Was ist denn das für eine Planung des Bundes, auf die man sich als Land einstellen könnte? Was ist daran zuverlässig, wenn es heißt, ab 2018 wird es wieder zurückgefahren? Es ist auch richtig, dass der Markt der Ingenieure leerge-

fegt ist. Ich war am Montag auf einer Veranstaltung des VDI hier in Mainz. Genau das war eine der Klagen des VDI, dass ihm der Nachwuchs fehlt. Wenn der Nachwuchs fehlt, liegt es daran, dass nicht so viele fertige Ingenieure vorhanden sind. Dieses Problem hat im Übrigen auch der Bund.

Ich kann mich gut erinnern, vor zwei Jahren war ich mit Herrn Lewentz, der damals noch für Verkehr zuständig war, in Berlin. Da ging es um den zügigen Ausbau der Moselschleusen. Der Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium sagte, das Geld wäre nicht das Problem beim Ausbau der Moselschleusen, aber leider habe der Bund nicht genügend Ingenieure, die die notwendige Planung herstellen könnten. Lieber Herr Licht, liebe CDU, dann fangen Sie doch erst einmal da an, wo Sie noch Verantwortung tragen: im Bund.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Präsident Hendrik Hering:

Für die Landesregierung spricht Verkehrsminister Dr. Wis-sing.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Er muss jetzt die verlorenen Jahre aufarbeiten! Das schafft er nicht so schnell!)

Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In dieser Debatte ist doch einiges durcheinandergebracht worden.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Ja, das ist richtig!)

Der Bundesverkehrsminister Dobrindt hat im Sommer 2014 erstmals den sogenannten Investitionshochlauf angekündigt. Nachdem das Bundesverkehrsministerium den Etat für den Ausbau der Bundesautobahnen und Bundesstraßen jahrelang schmal gehalten hatten, war dies eine erfreuliche Nachricht; denn nur mit steigenden Mitteln können die Defizite, die beim Zustand und der Leistungsfähigkeit des Bundesfernstraßennetzes entstanden sind, beseitigt werden.

(Zuruf des Abg. Alexander Licht, CDU)

Wie Ihnen bekannt ist, plant und baut das Land die Bundesfernstraßen im Auftrag des Bundes. Wir erhalten dafür eine pauschale Vergütung vom Bund, einen prozentualen Teil der Bausumme. Dieser Anteil, den der Bund uns an Planungskosten erstattet, ist aber deutlich niedriger als die tatsächlichen Kosten für die teilweise umfangreichen und sehr anspruchsvollen Planungen. Das Land zahlt also jährlich mehrere Millionen Euro für die Planung der Bundesstraßen aus eigenen Mitteln drauf. Man würde uns daher zu Recht die Verschleuderung von Steuergeldern vorwerfen können, wenn das Land beliebig viele Ingenieure für vielleicht irgendwann in der Zukunft zur Verfügung stehende Bundesmittel vorhalten würde. In Rheinland-Pfalz werden stattdessen die für den Bundesfernstraßenbau er-

forderlichen Ingenieurstellen wirtschaftlich verantwortungsvoll an den vom Bund tatsächlich zur Verfügung gestellten Baumitteln bemessen. Das Land benötigt dafür gesicherte Erkenntnisse über die zukünftig zur Verfügung stehenden Finanzmittel für die Bauaktivitäten im Bundesfernstraßenbau;

(Abg. Alexander Licht, CDU: Genau das hat der Rechnungshof in seinem Bericht gesagt!)

denn wir wollen und können als Land nicht Ingenieure einstellen, wenn der Bund mehr Geld auszugeben gedenkt, und sie später wieder entlassen, wenn der Bund die Mittel zurückfährt. Diese etwas absurde Idee – entschuldigen Sie, Herr Kollege, wenn ich das so deutlich sage –, die ohnehin knappen Ingenieure am Markt irgendwie mit Kurzzeitverträgen anreizen zu können, ist mit der Realität nicht in Einklang zu bringen, glaube ich.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ja, das ist wohl richtig!)

Die jahrelang niedrigen Mittelzuweisungen durch den Bund spiegeln sich nicht nur in der Zahl der Ingenieure, sondern auch in der Zahl der betriebenen Planungen wider.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Es ist aber komisch, dass die Ingenieure das völlig anders sehen!)

Wie bereits erwähnt, hat Bundesverkehrsminister Dobrindt bereits 2014 steigende Mittel angekündigt, doch erst die Etatentwürfe für 2016 und 2017 haben tatsächlich gleichbleibend hohe Finanzierungslinien aufgezeigt, sodass eine wirtschaftlich verantwortbare Personalanpassung beim LBM auch dann erst eingeleitet werden musste. Herr Kollege, wenn der Minister so etwas ankündigt, dass er einen Hochlauf will, dann können wir erst anfangen, die entsprechende Personalanpassung vorzunehmen, wenn der Souverän, der Haushaltsgesetzgeber des Bundes, das auch tatsächlich in den Haushalt übernommen hat;

(Abg. Thomas Roth, FDP: Genau so ist es!)

denn entscheidend ist nicht eine Ankündigung eines Ministers, sondern immer die Entscheidung des Haushaltsgesetzgebers.

(Zuruf des Abg. Alexander Licht, CDU)

Präsident Hendrik Hering:

Entschuldigung, Herr Dr. Wissing. Herr Licht, der Zwischenruf ist gestattet, aber nicht die Parallelrede. Zwischenruf sagt vom Wort her: kurz und prägnant, aber nicht kommentierende Zwischenrede. – Ja? Sonst kann man dem Redner nicht folgen. Bitte, Herr Dr. Wissing.

(Zuruf des Abg. Alexander Licht, CDU)

Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Danke, Herr Präsident. Weil erst die Etatentwürfe für 2016 und 2017 tatsächlich gleichbleibend hohe Mittel ausgewie-

sen haben, hat das Land dann auch sofort reagiert. Die Finanzierungslinie – oder besser der Finanzierungssprung – sah eine Steigerung der Baumittel um 21 % im Jahr 2016 vor, eine Steigerung um 21 %. Ein solcher Anstieg ist, glaube ich, fast beispiellos. Das heißt, für Rheinland-Pfalz sind das 69 Millionen Euro zusätzliche Mittel, die in einem Jahr verbaut werden sollen. Dann soll der Minister sagen: Zack, da sind die Ingenieure. – Das ist Ihre Vorstellung, wie das gehen kann.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Nein!)

Die Realität sieht anders aus. Herr Kollege Licht, wer ein wenig den Dreisatz beherrscht,

(Abg. Alexander Licht, CDU: Das ist ein Projekt!)

dem ist sofort klar, dass die Umsetzung der um 21 % kurzfristig angehobenen Mittel mit gleichbleibenden Kapazitäten nicht erreicht werden kann. Sie haben auch in dieser Debatte – das ist bemerkenswert – keinen einzigen Vorschlag gemacht. Die AfD hat vorgeschlagen, wir sollen Ingenieure künftig mit befristeten Kurzzeitarbeitsverträgen anlocken.

Abg. Martin Haller, SPD: Top-Vorschlag!)

Frau Kollegin Wieland hat vorgeschlagen, wir sollen künftig noch ein paar Praktikantenplätze für Ingenieure anbieten, um Anreize zu setzen, damit noch mehr kommen.

Darüber hinaus haben Sie keinen einzigen Vorschlag gemacht, wie man das noch besser hätte bewerkstelligen können, als die Landesregierung es getan hat.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Noch besser! –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Das ist wie bei der Breite der Brücke!)

Die Landesregierung hat deswegen bereits im letzten Haushalt 20 neue Stellen geschaffen. Es wurde auch mit der Anordnung von Überstunden, zusätzlichen Beauftragungen von Ingenieurbüros und der Ausschreibung von schnell umsetzbaren Maßnahmen mit geringem Planungsaufwand sofort gegengesteuert. Wenn Sie darüber hinaus Vorschläge gehabt hätten, wage ich zu behaupten, dass Sie sie im Interesse des Landes Rheinland-Pfalz mitgeteilt hätten. Wir hätten sie dann auch geprüft und umgesetzt. Allein es blieben die Vorschläge aus, weil Sie in Wahrheit nicht mehr zu bieten haben als das, was die Landesregierung in großer Verantwortung und extremer Schnelligkeit getan hat.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir waren damit auch erfolgreich. Wir haben nämlich geschafft, dass 19 Millionen Euro mehr Mittel als im Vorjahr verausgabt werden konnten, und das in so kurzer Zeit.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

Das ist das erfolgreiche Ergebnis schneller, hoch motivierter Strukturen in Rheinland-Pfalz. Es ist das Ergebnis, das

sich mit dem gegebenen Personalbestand mehr als sehen lassen kann. Die Chance, mehr Mittel in Bundesfernstraßen in Rheinland-Pfalz zu investieren, wurde genutzt. Der LBM hat hervorragende Arbeit geleistet. Ich will an dieser Stelle den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beim LBM dafür herzlich danken.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Abg. Alexander Licht, CDU: Das unterstreiche ich!)

Der Bund hat nun angekündigt, dass auch in den nächsten Jahren die Baumittel noch weiter steigen und dann auf dem hohen Niveau bleiben werden. Daher habe ich auch auf diese Maßnahme unverzüglich reagiert. Im Entwurf des Doppelhaushalts 2017/2018 konnten weitere 56 neue Ingenieurstellen vorgesehen werden. Diese Stellen werden so zeitnah wie möglich besetzt.

Realistischerweise ist beim möglichen Tempo der Einstellungen auf den Fachkräfteengpass im Ingenieurbereich hinzuweisen. Aufgrund der vom Bund gesteigerten Baumittel konkurrieren nicht nur die Bundesländer untereinander, sondern auch mit den Ingenieurbüros und der Bauindustrie um die verfügbaren Fachkräfte. Der Landesbetrieb tut alles, um junge und erfahrene Ingenieure zu gewinnen. Weitere Vorschläge sind herzlich willkommen, allein sie blieben heute Morgen aus.

(Zuruf des Abg. Alexander Licht, CDU)

Dazu werden die einschlägigen digitalen Stellenbörsen ebenso genutzt wie die Möglichkeiten der unmittelbaren Ansprache von Bauingenieurinnen und Bauingenieuren während und nach dem Studium.

Noch etwas zu dem, was Sie hier in Verbindung bringen wollen, was aber nicht zusammenpasst: Es ist richtig, dass wir Stellen beim LBM abbauen. Es ist aber falsch, diesen Stellenabbau in Verbindung mit den Planungskapazitäten zu bringen. Die Stellen, die wir beim LBM abbauen, haben nämlich nullkommanull Auswirkungen auf die Planungskapazität des LBM. Damit fällt dieses Argument, das Sie an die Wand malen, in sich zusammen wie ein Kartenhaus bei einer kleinen Windböe.

Meine Damen und Herren, wir haben eine große Herausforderung zu meistern. Während der Finanzkrise wurden die Investitionsmittel zurückgefahren. Das war nicht aus Boshaftigkeit, sondern es gab Gründe dafür. Jetzt wurden sie kurzfristig wieder angehoben. Freuen wir uns darüber. Wir passen die Planungskapazität mit maximaler Geschwindigkeit an. Dann wird in Rheinland Pfalz genauso wie in anderen Ländern gebaut.

Im Übrigen, meine Kolleginnen und Kollegen der anderen Länder haben genauso Probleme, die Mittel zu verbauen. Da hat vielleicht der eine in dem einen Jahr ein bisschen mehr Glück, weil er noch mehr Vorratsplanung und größere Projekte hatte.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Was Sie mit Glück beschreiben, hat andere Ursachen! –
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Das Glück ist mit dem Tüchtigen!)

Der andere hat vielleicht im nächsten Jahr Probleme. Wir werden die Planungskapazitäten in allen Bundesländern anpassen. Rheinland Pfalz hat seine Hausaufgaben gemacht.

Wenn Sie Vorschläge haben, wie man das noch verbessern kann, können Sie sie gerne vortragen. Alleine, ich sage es noch einmal, außer mehr Praktika anzubieten für Ingenieure, ist der CDU offensichtlich auch nichts eingefallen.

Herzlichen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Aufgrund der Redezeit der Landesregierung haben die Fraktionen insgesamt noch eine Redezeit von drei Minuten. Frau Wieland hat für die Fraktion der CDU das Wort.

Abg. Gabriele Wieland, CDU:

Drei Minuten reichen sicher nicht, um all das, was gesagt wurde, mit Fakten zu widerlegen. Ich fange einmal mit einem an. Immer wieder ist die Rede von Planungskosten, die das arme Land übernehmen muss, um die Bundesmittel zu bekommen. Um das einmal in Relation zu setzen: Für 100 Euro, die das Land bekommt, muss es vielleicht 5 Euro Planungskosten bezahlen. Für diese 5 Euro sind wir bereit, auf die restlichen 95 Euro zu verzichten. Um diese Relation geht es.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Aber noch etwas Grundsätzliches: Was mich gerade fast schon erschüttert hat, ist die Einigkeit, mit der Sie sagen, alles, was wir in den letzten Jahren gemacht haben, war richtig.

(Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Natürlich!)

Ich hatte Ihnen die Brücke gebaut, dass es fünf verlorene Jahre während der rot-grünen Zeit gab, aber richtigerweise 2016 ein Umschwenken kam, aus unserer Sicht viel zu spät. Dass Sie jetzt aber alle sagen, alles, was wir in diesen Jahren gemacht haben, war richtig,

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ja!)

erschüttert mich. Wenn es um Lebenszeit geht, die wir mit solchen Diskussionen verschwenden, glaube ich, die Rheinland-Pfälzer verschwenden die Lebenszeit im Moment im Stau und über Straßen, die nicht gebaut werden.

(Beifall der CDU und bei der AfD –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ja, weil es so viele Baustellen gibt, das ist wahr!)

Fakt ist, Herr Oster hat einen Zehn-Jahres-Schnitt genannt. Warum nimmt er einen Zehn-Jahres-Schnitt? Wenn man fünf Jahre nimmt, zeigt sich, in den vergangenen fünf Jahren wurden kaum mehr Mittel vom Bund abgegriffen.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Es gab eindeutig ein Umsteuern, das begonnen hat und in den vergangenen fünf Jahren zur Auswirkung kam, in der Spitze im Jahr 2016 mit 46 Millionen Euro nicht abgerufenen Mitteln. Wir hätten uns gewünscht, dass Sie sagen, wir haben daraus gelernt, und jetzt fahren wir eine andere Strategie. Diese Strategie heißt auch Vorratsplanung.

(Beifall der CDU und des Abg. Jürgen Klein,
AfD –
Abg. Thomas Roth, FDP: Das haben sie
doch gemacht!)

Dieses Stichwort ist überhaupt nicht aufgetaucht.

Ein Letztes: Sie werfen uns vor, wir haben keine Vorschläge. Das eine ist, schnell reagieren, zeitnah reagieren. Ich habe es vorhin schon gesagt, andere Bundesländer waren früher dabei, Ingenieure zu suchen. Jetzt bleibt uns in vielen Bereichen nur der Rückgriff auf externe Ingenieurbüros. Wir haben mit den Büros gesprochen. Es ist nicht so, dass sie keine Aufträge mehr annehmen. Jeder, der in einer Kommune arbeitet, weiß, dass es schwierig ist, es aber immer Büros gibt, die Aufträge gern noch annehmen.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Ein Allerletztes: Herr Minister, wenn Sie Methoden lächerlich machen, wie heutzutage Personal gesucht wird, zeigt das, dass Sie noch nicht

(Abg. Alexander Licht, CDU: Verstanden
haben!)

verinnerlicht haben, wie heute Personal gesucht wird. Auch dazu haben wir mit verschiedenen Büros gesprochen. Es gibt beispielsweise die „Ing.-Tour“.

(Glocke des Präsidenten)

Sie nehmen Busse und fahren mit den Ingenieurstudenten zu den verschiedenen Arbeitsstätten. Der LBM ist ein attraktiver Arbeitgeber, wenn das den Studenten klargemacht wird.

(Beifall der CDU und des Abg. Jens
Ahnemüller, AfD –
Glocke des Präsidenten)

Die Aussage war, die Postkarte reicht nicht. Das können wir jetzt nicht in der kurzen Debatte klären. Es gibt aber Methoden, und diese Methoden sollte sich der LBM zu eigen machen.

(Beifall der CDU)

Präsident Hendrik Hering:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Oster das Wort.

Abg. Benedikt Oster, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie erwecken den Eindruck, als hätte der LBM die letzten

Jahre die Hände in den Schoß gelegt und wäre keine Bauprojekte angegangen. Das muss man noch einmal deutlich klarstellen.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Nein, nein,
nein! Es geht um die Regierung!)

– Herr Licht, wir haben genug Zeit. Sie können gerne selbst ans Rednerpult kommen und Stellung dazu beziehen.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Habe ich ja
nicht!)

Folgendes ist noch einmal klar und deutlich zu den letzten zehn Jahren zu sagen: Sie haben gefragt, warum ich mich auf die letzten zehn Jahre bezogen habe. Weil ich mich auf Ihre Kleine Anfrage beziehe; es sind Ihre Fragen, die Sie gestellt haben.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD und des Abg.
Thomas Roth, FDP)

Es ergibt überhaupt keinen Sinn, was Sie da sagen.

Im Durchschnitt haben wir in den letzten Jahren immer 25 Millionen Euro mehr verplant.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Hört,
hört!)

Das erwähnen Sie mit keiner Silbe. Das sind summa summarum 240 Millionen Euro mehr in zehn Jahren. Darüber verlieren Sie kein Wort.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD –
Abg. Alexander Licht, CDU: Erklären Sie
die letzten fünf Jahre!)

Dann noch zwei Fakten, die man erwähnen muss: Dass der LBM erst ganz spät vom Bund gemeldet bekommt, wie viel Geld er überhaupt kommt, haben Sie auch nicht erwähnt. Erst in der zweiten Jahreshälfte wird von Berlin gemeldet, was man im nächsten Jahr bekommt.

(Zuruf der Abg. Gabriele Wieland, CDU)

Der LBM muss kurzfristig reagieren. Das ist nicht leicht. Das macht er im Rahmen des Möglichen überragend.

Dann – das müsste ich Ihnen eigentlich gar nicht vorlesen, weil es in Ihrer Kleinen Anfrage steht – zu den 46 Millionen Euro, die angeblich verloren sind, steht dort ganz klar, ich lese es noch einmal vor: „Nicht verausgabte Bundesmittel werden vom Bund grundsätzlich überjährig weiter zur Verfügung gestellt.“ So einseitig, wie Sie es heute darstellen, ist es also nicht. Ich könnte für die ganzen Jahre noch einmal auflisten, wie viel wir on top verdient haben. Das muss aber nicht sein.

Bitte sehen Sie es nicht so einseitig, wie Sie es hier machen. Bringen Sie konstruktive Vorschläge mit ein. Das mit den Praktikanten mag von Ihnen vielleicht gut gemeint sein, aber Sie wissen selbst, das würde mehr Kräfte bündeln und wäre dann schwieriger. Von daher bitte ich um konkrete Vorschläge, wie wir das angehen können. So einfach kann man es sich nicht machen.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Präsident Hendrik Hering:

Für die AfD-Fraktion hat Herr Ahnemüller das Wort.

Abg. Jens Ahnemüller, AfD:

Herr Präsident, liebe Kollegen! Herr Dr. Wissing, wir haben die Kurzarbeitszeitverträge nicht als Vorschlag eingebracht. Wir wollten lediglich darauf hinweisen, dass es in anderen Branchen üblich ist.

(Beifall bei der AfD)

Ich möchte kurz zu Herrn Oster kommen. Herr Oster, wir sind nicht der Meinung, dass der LBM geschlafen hat oder so. Wir sind der Meinung, der LBM macht eine richtig gute Arbeit. Sie sind lediglich überfordert.

Liebe Kollegen von der FDP, Sie betonen den Willen zum Bau von Verkehrsprojekten. Der Wille allein reicht nicht. Taten zählen, und nicht nur Worte.

Danke.

(Beifall der AfD)

Präsident Hendrik Hering:

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das sehe ich nicht. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Ich rufe **Punkt 19** der Tagesordnung auf:

**Schleusern das Handwerk legen –
Rückführungszentren in Nordafrika einrichten**
Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 17/2247 –

Herr Kessel spricht für die Antragsteller.

Abg. Adolf Kessel, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mehr als 5.000 Flüchtlinge sollen allein im vergangenen Jahr bei ihrem Versuch, nach Europa zu gelangen, im Mittelmeer ertrunken sein. Die kriminellen Schleuserbanden nehmen bewusst den Tod dieser Menschen in Kauf. Diese bewusste Inkaufnahme ist ein verbrecherischer Teil ihres absurden und auf der Not dieser Menschen begründeten Geschäftsmodells.

Den Schleusern ist nicht daran gelegen, die seeuntüchtigen und maßlos überfüllten Boote sicher in die europäischen Häfen zu bringen. Die Flüchtenden vertrauen darauf, in internationalen Gewässern gerettet und nach Europa gebracht zu werden. Erst wenn diesem Roulettespiel um Leben und Tod ein Ende gemacht wird, wird das menschenverachtende Geschäftsmodell der Schleuserbanden nicht mehr funktionieren.

Die geforderten Rückführungszentren in Nordafrika sollten gleichzeitig auch vorgelagerte Erstaufnahmeeinrichtungen sein. In diesen Zentren könnten sowohl die Flüchtlinge, die

aus der Seenot gerettet wurden, als auch die, die auf dem Landweg nach Europa unterwegs sind, ihren Asylantrag stellen, um dann auf legalem Weg in die Europäische Union einreisen zu können.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Die Pläne von Bundesinnenminister de Maizière und der rheinland-pfälzischen CDU für die Einrichtung der Rückführungszentren und der sogenannten Hotspots scheiterten bisher am Widerstand der SPD-Bundestagsfraktion. Wir begrüßen deshalb sehr, dass der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Herr Oppermann, jetzt öffentlich erklärte, den Plänen des Bundesinnenministers zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU –
Vizepräsident Bracht übernimmt den
Vorsitz)

Damit den Schleusern das Handwerk gelegt und dem zigtausendfachen Tod der Flüchtlinge ein Ende gemacht wird, fordern wir die Landesregierung auf, die Pläne des Bundesinnenministers zur Einrichtung der Rückführungszentren in Nordafrika zu unterstützen, und bitten das Hohe Haus um Zustimmung zu unserem Antrag.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Präsident Hendrik Hering:

Die nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Rauschkolb von der Fraktion der SPD.

Abg. Jaqueline Rauschkolb, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, wir stimmen auch zu. Ich glaube, es kann keiner im Raum verneinen, dass es eine große Tragödie ist, die im Mittelmeer passiert, die wir so eigentlich nicht mehr mit ansehen können und die auch lange Zeit von den europäischen Staaten nicht wirklich beachtet wurde. Wir sehen aber die Ausreisezentren, die Sie fordern, nicht als Lösung.

Ihre Bundeskanzlerin hat sich diese Woche mit dem tunesischen Ministerpräsidenten getroffen und dann auch noch einmal gesagt, es war gar kein Thema. Er hat gesagt, es ist ein Land, in dem gerade ein wenig Stabilität eingekehrt ist. Es wird schwierig sein, wenn man sich auch die anderen Staaten anschaut, in Nordafrika logistisch und sicherheitstechnisch Ausreisezentren aufzubauen.

Ich denke, es gibt andere Dinge, mit denen wir helfen können, dass es den Menschen besser geht. Es gibt andere Dinge. Wir können vorher beraten, bevor die Leute das Geld an Schleuser geben. Es ist schwierig, wenn man nicht unbedingt die Gründe kennt.

Wir haben in anderen Debatten darüber geschrieben und geredet, dass es Rücknahmeabkommen bedarf, damit die Menschen schnell zurückgeführt werden können, damit man vielleicht gar nicht erst aufbricht. Klar ist, die Not der

Menschen wird so groß sein, dass sie kaum in einem Ausreisezentrum gehalten werden können. Man kann sie dort nicht festhalten.

Der 16-Punkte-Plan, der letzte Woche besprochen wurde, enthält viele Punkte, die sinnig sind und die wir in Rheinland-Pfalz schon durchführen, wie die gute und erfolgreiche Rückkehrpolitik. Die Ausreisezentren sind ein Punkt, der für uns keine Option darstellt. Deswegen werden wir mit diesem Antrag nicht mitgehen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Nun erteile ich Herrn Dr. Bollinger von der AfD-Fraktion das Wort.

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die „Nachahmung ist die höchste Form der Anerkennung“ – so Oscar Wilde.

Das Original zu dem vorliegenden Antrag der CDU trägt den Titel: „Den Herausforderungen konstruktiv begegnen: Positionspapier der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag zu Flüchtlings-, Asyl- und Einwanderungspolitik.“ Darin wird gefordert, Abkommen mit Mittelmeeranrainerstaaten zu schließen, um dort Aufnahme- und Asylverfahrenszentren einzurichten und auf dem Mittelmeer aufgegriffene Flüchtlinge nicht nach Europa zu bringen, sondern sie direkt in diese Zentren zurückzuführen, damit Flüchtlinge eine lebensgefährliche Überfahrt über das Mittelmeer nicht riskieren müssten und dem inhumanen Menschenhandel der Schleppernetzwerke wirksam der Boden entzogen wird.

(Beifall der AfD)

Das Papier enthält weitere sinnvolle Maßnahmen wie, den Kreis der sicheren Herkunftstaaten zu erweitern, Fehlansätze zur Armutsmigration abzubauen durch Sach- statt Geldleistungen für Asylbewerber beispielsweise, eigene Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber mit sehr geringen Erfolgsaussichten zu schaffen, Duldungen wirklich nur noch als Ausnahmen zu gewähren und Abschiebungen zu zentralisieren, um die Ausländerbehörden der Kommunen zu entlasten und die Verfahren zu beschleunigen.

Dieses kohärente Reformprogramm für eine realistische Asylpolitik wurde im Juni 2015 der Öffentlichkeit vorgestellt, also Monate vor der Zuspitzung der Asylkrise. Wie ablehnend und polemisch die Reaktionen auf unsere Vorschläge waren, nicht nur aus dem linken politischen Spektrum und den sogenannten Leitmedien, sondern auch seitens der CDU brauche ich hier wohl nicht näher zu erläutern.

(Zuruf des Abg. Martin Haller, SPD)

Damals prognostizierte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge für das Jahr 2015 noch 450.000 Asylanträge. Heute wissen wir, dass Experten der Bundespolizei intern schon im Frühjahr 2015 vor weit höheren Zuwandererzahlen gewarnt haben.

Die Bundesregierung mit ihrer Bundeskanzlerin voran verschwiegen und verdrängte die bedrohliche Realität, bis sie im Sommer 2015 mit ihrem willkürlichen, parlamentarisch nicht legitimierten und verfassungswidrigen Bruch des Dublin-Abkommens und des geltenden Asyl- und Einreiserechts ihre Kapitulation vor den neuen Völkerwanderungen erklärte.

(Beifall der AfD)

In der rheinland-pfälzischen CDU regte sich dagegen kein Widerspruch. Noch im November 2015, als die Kommunen unter dem Zustrom ächzten, verteidigte Julia Klöckner die Kanzlerin gegen vermeintlich unanständige Kritik aus der CSU. Erst Anfang 2016, als die Umfragewerte der CDU im Vorfeld der Landtagswahlen proportional zum Anstieg der AfD-Beliebtheit abstürzten, macht Julia Klöckner mit ihrem sogenannten Plan A2 eine Kehrtwende, die für die Wähler in Rheinland-Pfalz aber allzu durchsichtig und in- konsequent war.

Als Opposition im Landtag versucht die CDU, sich nun als Sachwalterin von Recht und Ordnung zu gerieren, so, als ob sie mit dem Asyl-Chaos nichts zu tun hätte. Dabei übernimmt sie sukzessive unsere vormals verpönten Forderungen wie konsequentere Abschiebungen, Aufnahmezentrum in Afrika, Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsländer etc.

Allerdings fehlen ihr dabei sowohl Konsequenz als auch ein kohärentes Gesamtkonzept, wie es die AfD schon im Sommer 2015 präsentiert hat.

Im rot-grünen Lager ist der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann, mit seiner Übernahme unserer Forderungen nach Asylzentren in Nordafrika ein einsamer Rufer in der Wüste. Gerade der rheinland-pfälzischen Landesregierung fehlt es immer noch an Realismus und Augenmaß, wie wir täglich sehen.

Die grüne Ministerin Spiegel blockiert überfällige Maßnahmen wie die Erweiterung der sicheren Herkunftsländer und eine stringenter Abschiebungspraxis. Die Landes-FDP unterstützt entgegen ihrer Versprechen im Wahlkampf und der Position ihrer Bundespartei diese rot-grüne Politik.

Für die unumgängliche Begrenzung der Zuwanderung im Interesse des sozialen Friedens, die rechtsstaatlich gebotene Trennung von Asyl und Einwanderung, die Sicherung der deutschen Grenzen, den Stopp der Einreise von Kriminellen und Terrorsympathisanten tritt immer noch die AfD alleine ein.

(Beifall der AfD)

Das darf nicht so bleiben; denn gerade in der Frage der Aufnahmezentren müsste Deutschland vorangehen. Das erwarten nicht nur unsere Bürger, sondern auch unsere Nachbarvölker in Europa, die das Interesse an der Kontrolle der Migration eint, um den Frieden in Europa zu bewahren.

(Beifall der AfD)

Dem vorliegenden Antrag der CDU stimmen wir daher

zu, handelt es sich doch um eine Umsetzung originärer AfD-Programmatik, wenn auch viel zu spät, unvollständig und ohne Anerkennung unserer Urheberchaft,

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dies ohne Spielchen zu machen, wie die Stellung von inhaltlich identischen, leicht anders formulierten Alternativanträgen.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Die nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Becker von der Fraktion der FDP.

Abg. Monika Becker, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, das ist der CDU nicht recht. Es passt auch nicht.

Meine Damen und Herren, wir sprechen heute wieder über ein sehr sensibles Thema. Migration und Flüchtlingssituation sind seit gut zwei Jahren eines der beherrschenden Themen des politischen Diskurses. Eben weil es ein Thema ist, das viele Menschen in Deutschland und Europa beschäftigt, ist es in besonderem Maße geboten, über die vielen Fragen, auch offenen Fragen und Lösungsansätze sachlich und differenziert zu sprechen. Es ist ein hoch emotionales Thema, bei dem allzu schnell scheinbar simple Lösungen präsentiert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich warne davor, beim Thema „Migration und Flüchtlinge“ populistisch zu werden. Die Idee, Rückführungszentren in Nordafrika einzurichten, ist nicht neu. Dieser Vorschlag findet sich in regelmäßigen Abständen seit vielen Jahren auf der Tagesordnung der Parlamente in Deutschland. Allerdings handelt es sich bei dem Vorschlag, bei diesen, wie sie werte Kolleginnen und Kollegen der CDU es bezeichnen, Zentren um eine zu kurz gedachte Scheinlösung. Diese Erkenntnis hatte – da muss ich die Kollegin von der SPD sehr unterstützen – offensichtlich auch die Bundeskanzlerin, hatte sie doch noch vor dem Besuch des tunesischen Ministerpräsidenten deutlich gemacht, dass sie dringend mit ihm über dieses Thema sprechen würde. Nach dem Besuch hat sie dann aber schon erklärt, dass der Begriff schon gar nicht zu ihrem Sprachgebrauch gehört und das Thema überhaupt keine Rolle in ihrem Gespräch gespielt hat.

Meine Damen und Herren, aus Sicht der Freien Demokraten ist es unabdingbar, dass die Bundesregierung belastbare Abkommen mit den nordafrikanischen Staaten abschließt, um Rückführungen in die entsprechenden Länder in einem geordneten Verfahren durchzuführen.

(Beifall des Abg. Thomas Roth, FDP –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr
richtig!)

In diesem Punkt, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der CDU, komme ich nicht ganz umhin, darauf zu verweisen, dass die Erfolge der Bundeskanzlerin, des Kanzleramtsministers und des Innenministers noch ausbaufähig sind, um es vorsichtig zu formulieren.

Frau Klöckner, ich sage das wirklich in allem Respekt. Sie sind stellvertretende Bundesvorsitzende. Ihnen wird ein sehr kurzer Draht zur Bundeskanzlerin nachgesagt. Legen Sie uns doch lieber nicht einen solchen Antrag vor, der nach einem bisschen getarnten Wahlkampfpapier der CDU aussieht. Sprechen Sie lieber mit der Kanzlerin, dass sie sich – wie ich es gerade vorgetragen habe – mit den Amtskollegen der Staaten in Nordafrika auf belastbare Abkommen zur Rückführung von ausreisepflichtigen Menschen verständigt.

Meine Damen und Herren, zum Abschluss sage ich, die Gesellschaft in Deutschland erwartet zu Recht, dass sich die Politik mit dieser wichtigen Frage befasst und Lösungsansätze entwickelt. Aber lassen Sie uns das bitte sachlich und konstruktiv machen.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Köbler von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst einmal sagen, es ist gut, dass es uns hier nicht egal ist, wenn Menschen im Mittelmeer fast direkt vor unseren Grenzen sterben, wenn im vergangenen Jahr fast 6.000 Menschen, Frauen und Kinder, ertranken. Es beschäftigt uns. Wir erkennen das Schicksal dieser Menschen an, die es zu uns geschafft haben und die die letzte Hoffnung in Europa gesetzt haben. Sie haben alles auf sich genommen, um die Hoffnung Realität werden zu lassen. Sie haben zum Teil ihr Leben dabei lassen müssen. Ich glaube, das ist ein Schandfleck für Europa. Es ist gut, dass uns das nicht egal ist, wir uns damit auseinandersetzen und wir diesem ernsthaften Thema begegnen können.

Die Problemstellung, die die CDU in ihrem Antrag beschreibt, ist durchaus richtig und anzuerkennen. Es muss schleunigst etwas getan werden. Allerdings frage ich mich, ob der Vorschlag zur Lösung beiträgt oder ob er nur die Verschlimmerung des Problems bedeuten würde.

Ich kann bis heute nicht verstehen, warum damals die CDU-geführte Bundesregierung die Europäische Union unterstützt hat, das erfolgreiche Seenotrettungsprogramm Mare Nostrum im Mittelmeer einzustampfen. Das ist ein absolut humanitärer Fehler gewesen, der bis heute nicht

nachvollziehbar ist.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Deswegen müssen sich die Bundesregierung und die Kanzlerin fragen lassen, welche politische Mitverantwortung für das Sterben im Mittelmeer vorhanden ist. Machen wir uns nichts vor, die Zahlen steigen wieder, nachdem die Balkanroute geschlossen worden ist. Die Zahlen steigen wieder, nachdem der Türkei-Deal gemacht worden ist. Es ist vollkommen klar, die Menschen suchen sich in ihrer Verzweiflung entsprechende Wege. Für viele ist das Darben im Heimatland oder in Lagern in Nordafrika immer noch die schlimmere Alternative zu einem gefährlichen Weg, mit dubiosen Schleusern über das Mittelmeer zu gehen. Das ist die knallharte Realität. Es ist Realismus, wenn man darüber spricht.

Jetzt ist es die Frage, ob Zentren in Nordafrika, die, wie Sie es beschreiben, so gedacht sind, dass Menschen, die beispielsweise von Frontex im Mittelmeer vor dem Ertrinken gerettet werden, nicht an eine europäische Küste, sondern an die nordafrikanische Küste in Zentren gebracht werden. Ich weiß nicht, ob das wirklich hilft.

Meine Damen und Herren, ich kann mir das nicht vorstellen. Diese Menschen werden in ihrer Verzweiflung die nächstbeste Gelegenheit nutzen, um über das Meer zu kommen. Ich glaube nicht, dass sie damit einen Beitrag zur Lösung des Problems des Sterbens im Mittelmeer leisten, im Gegenteil.

Sie müssen sich auch fragen lassen, wie es mit Artikel 32 und 33 Genfer Flüchtlingskonvention vereinbar ist, in der sich die Staaten Europas dazu bekannt haben, dass niemand, der Asyl begehrt, in Europa einfach an der Grenze zurückgewiesen werden kann. Wir reden hier über Menschen, deren Berechtigung, Asyl zu beantragen, überhaupt noch nicht überprüft worden ist. Von daher stößt der Vorschlag auf massive völkerrechtliche Bedenken.

Meine Damen und Herren, Sie müssen auch sagen, wo sie ein solches Rückführungszentrum installieren wollen. Der Staat, von dem die meisten Menschen aus ins Mittelmeer starten, ist Libyen. Jetzt kann man hier kaum von einem Staat sprechen. Dieser Staat hat keine Regierung, die irgendeine Handlungsgewalt hat. Libyen hat jetzt schon Auffanglager für Flüchtlinge, die dort ankommen. Diese sind überhaupt nicht organisiert. Dort herrschen Warlords, und es bestehen unhaltbare Zustände. Wie wollen Sie das in den Griff bekommen?

Tunesien hat klar gesagt, sie stehen nicht für Rückführungsgefängnisse der Europäischen Union in dem Staat zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, Sie bekommen es mit Ihrem Innenminister Thomas de Maizière noch nicht einmal hin, ein Rückführungsabkommen für abgelehnte Asylbewerber mit Tunesien abzuschließen. Wie Sie das für Flüchtlinge, die noch nicht einmal einen Antrag gestellt haben, mit Tunesien hinbekommen wollen, diese Antwort bleiben Sie schuldig.

Schließlich stellt sich noch die Frage: Worüber reden wir eigentlich? – Zahlen von 2015 zeigen, dass zwei Drittel der Menschen, die in Italien anstranden, über das Mittelmeer aus den Ländern Eritrea, Nigeria, Somalia, dem Sudan, Gambia, Syrien, dem Senegal und Mali kommen, also Ländern mit sehr hohen Schutz- und Anerkennungsquoten bei uns in Deutschland. Eritrea hat aktuell eine Schutzquote von 76 %, Somalia aktuell von 65 % und Syrien aktuell von 94 %.

(Glocke des Präsidenten)

Das bedeutet, Sie wollen eine ganze Reihe von Menschen wieder hinauswerfen, die bei uns ein Recht auf Asyl hätten, und damit untergraben Sie das Grundrecht auf Asyl, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Abgeordneter Joa gemeldet.

Abg. Matthias Joa, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen! Herr Köbler, ich möchte auf das Thema Migration aus Afrika noch einmal im Detail eingehen. Afrika hat ein sehr starkes Bevölkerungswachstum, und die Anreize mit Aussicht auf Rettung ins europäische Sozialsystem treibt natürlich – das kann ich verstehen – die Menschen dazu an, die Überfahrt zu wagen. Es steht außer Frage, dass wir die Menschen retten müssen, diese Verpflichtung haben wir, absolut. Aber eine Rettung nach Europa kann nicht die dauerhafte Lösung sein.

(Beifall der AfD)

Es kann so nicht ewig weitergehen; denn die Sozialsysteme werden das irgendwann nicht mehr aushalten.

Wir könnten jedes Jahr 2 Millionen Menschen aus Afrika aufnehmen, aber wir würden an dem Grundproblem überhaupt nichts ändern, sondern uns im Gegenzug nur selbst überfordern.

(Beifall der AfD)

Herr Köbler, Sie sprechen davon, was alles nicht geht, was nicht möglich ist, was Probleme macht. Ihre Aufgabe als Politiker ist es jedoch, Lösungen zu finden und nicht immer alles nur wegzudrücken.

Noch etwas Allgemeines möchte ich sagen. Wir sind als Berufspolitiker durchaus in einer privilegierten Situation, und ich erwarte von jedem Abgeordneten, dass er sich primär an den Menschen orientiert, an den Wählern, die ihn bezahlen und die ihn gewählt haben.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Eine Erwiderng wird nicht gewünscht. Damit hat Frau Staatsministerin Spiegel das Wort.

Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Idee von Rückführungszentren in Nordafrika geistert bereits seit über zehn Jahren durch die politischen Debatten. Es gibt jedoch erhebliche Gründe, die gegen einen solchen Vorschlag sprechen. Ein Hauptpunkt ist dabei: die Menschenrechts- und Sicherheitslage in den Staaten Nordafrikas ist mehr als bedenklich.

In welchem Land will man diese sogenannten Rückführungszentren denn einrichten?

Die Sicherheitslage in Ägypten ist schlecht. Marokko und Algerien sind zwar etwas sicherer, aber sie sind keine wichtigen Transitländer und liegen abseits der Migrationsrouten. Es ist nicht vertretbar, in einem dieser Staaten Bearbeitungszentren einzurichten.

Die Lage in Tunesien ist volatil. Erst kürzlich hat die Presse wieder über zunehmende Gewalt durch die Polizei dort berichtet.

Außerdem hat sich der tunesische Premierminister erst in dieser Woche klar gegen Flüchtlingszentren in seinem Land ausgesprochen. Er sagt, wenn überhaupt, dann müsste man über Libyen nachdenken. Dazu muss man wissen, die meisten Fahrten von Flüchtlingen über das Mittelmeer finden von Libyen aus statt. Libyen ist jedoch ein sogenannter „Failed State“ ohne effektive Regierung. Es gibt dort keine ausreichende Küstenwache, die die Abreise in seeuntüchtigen Booten effektiv verhindern kann.

Selbst wenn diese Boote dann in effektiver Weise an der Abfahrt gehindert werden, was passiert mit den Flüchtlingen? Wie stellen Sie sich diese sogenannten Rückführungszentren vor? Derzeit werden Migrantinnen und Migranten, die von den wenigen staatlichen libyschen Einsatzkräften aufgegriffen werden, laut Berichten unter bedenklichen Konditionen inhaftiert. Wollen Sie die Flüchtlinge also in libyschen Lagern inhaftieren? Allein aus Gründen der Asylantragstellung ist eine Inhaftierung verboten. Das kommt also überhaupt nicht infrage.

Bleiben nur offene Lager oder Rückführungszentren, wie sie die Befürworterinnen und Befürworter nennen möchten. Die Krux ist allerdings, offene Lager stellen ein erhebliches Sicherheitsrisiko für die Flüchtlinge dar. Das Auswärtige Amt hat erst vor Kurzem über die Situation in Libyen berichtet. Es finden schwerste Menschenrechtsverletzungen statt. Flüchtlinge werden mitunter wahrlos erschossen, und bewaffnete Milizen terrorisieren das Land. Es stellt sich daher die Frage, ob die Rückführung von Flüchtlingen in offene Lager nicht ein Verstoß gegen das Gebot darstellen würde, dass niemand in einen Staat abgeschoben werden darf, in dem sein Leib oder Leben in Gefahr wäre.

Aber selbst wenn es in diesem fragilen Umfeld gelingt, ein kleines Maß an Sicherheit in den Lagern zu erringen,

warten schon die nächsten Probleme, nämlich die ganz praktischen Fragen der Versorgung von Flüchtlingen in den Lagern, den Rückführungszentren. Meine Damen und Herren, die deutsche Welthungerhilfe geht derzeit davon aus, dass die Ernährungslage in Libyen Anlass zu ernster Besorgnis gibt. Wie stellen Sie sich die Versorgung der Flüchtlinge in den Lagern vor? Woher wollen Sie die Nahrungsmittel in einem Hungerland bekommen? Wenn Sie die Nahrungsmittel haben, wie wollen Sie die Verteilung in den Lagern gewährleisten, während die Menschen außerhalb der Lager hungern? Halten Sie es für realistisch, dass die hungernden Menschen außerhalb des Zauns den anderen im Lager beim Essen zuschauen? Nein, sie werden den Zaun niederreißen, und somit sind wir wieder bei der Sicherheitsfrage.

Gehen wir aber davon aus, dass im „Failed State“ Libyen neben den Herausforderungen im Sicherheitsbereich auch die Versorgung in den Lagern gelänge, dann wartet die nächste Herausforderung im Asylprozess, nämlich die Verfahrensberatung und die Abwicklung der gerichtlichen Verfahren, eventuell mit Anhörung der Betroffenen. Wie wollen Sie diese in Libyen oder in einem der anderen nordafrikanischen Staaten garantieren? Es müsste massiv Personal aus der EU, aus Deutschland dorthin verlegt werden. Halten Sie das angesichts der Sicherheitslage in diesen Ländern für realistisch? Wie wollen Sie die Sicherheit der Beamtinnen und Beamten garantieren?

Ich glaube, Sie merken langsam, weshalb dieser Vorschlag schon seit mehr als zehn Jahren durch die Debatten geistert. Er ist schlicht und ergreifend nicht realistisch und nicht umsetzbar, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Ich teile das Anliegen, den Flüchtlingen die gefährliche Fahrt über das Mittelmeer zu ersparen, um Schutz vor Krieg, Terror und Verfolgung zu erhalten. Allein im letzten Jahr sind mehr als 6.000 Menschen ertrunken, und in diesem Jahr waren es bereits mehr als 300 – die Dunkelziffer mag womöglich weitaus höher sein –, und das ist eine Schande für die Menschheit. Um den Schleuserinnen und Schleusern das Handwerk zu legen und das Sterben auf dem Mittelmeer zu beenden, brauchen wir aber andere Lösungen als Lager im Wüstensand. Wir brauchen endlich legale, gesteuerte Einwanderungswege,

(Zurufe von der AfD: Ja, jawohl!)

also konkret: Wir brauchen beispielsweise ein Einwanderungsgesetz, und wir brauchen ein umfassendes Resettlement-Programm für Flüchtlinge aus den Krisenländern, meine Damen und Herren.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Abgeordneter Dr. Bollinger gemeldet.

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:

Vielen Dank. Frau Ministerin, im Antrag war, glaube ich, nicht von Inhaftierung die Rede, und dies war auch nicht der Fall in dem Positionspapier der AfD, von dem ich soeben sprach.

Der Plan wäre vielmehr, dass diese Rückführungszentren natürlich nicht unter der Aufsicht der dortigen Behörden eingerichtet würden, sondern die Oberaufsicht könnte die EU übernehmen.

Was die Finanzierung betrifft, haben wir Vergleiche. Wir wissen, dass die Versorgung einer Person als Asylbewerber hierzulande bei mindestens 1.000 Euro im Monat liegt, während wir zum Beispiel in den Flüchtlingslagern in Nahost, in Jordanien mit 30 Dollar im Monat eine Familie komplett versorgen können.

(Beifall der AfD)

Also Sie sehen, dass wir das Geld, von dem auch wir möchten, dass es eingesetzt wird, um diesen Menschen zu helfen, vor Ort deutlich effizienter einsetzen und gleichzeitig verhindern können, dass sich viele dieser Menschen auf diese lange und gefährliche Reise übers Mittelmeer nach Europa machen. Das ist im Übrigen jetzt auch nicht die Position der AfD oder mittlerweile auch der CDU und auch von Teilen der SPD, sondern dies wird auch von namhaften Migrationsforschern vorgeschlagen. Ich nenne beispielsweise den Namen Paul Collier, Oxford-Universität, Ökonom, Migrationsforscher, der im Jahr 2016 mehrfach in den Medien mit genau diesem Ansinnen und mit genau dieser Begründung zitiert worden ist, dass es im Sinne einer Verantwortungsethik deutlich sinnvoller ist, diesen Menschen vor Ort zu helfen, ihnen die lange und gefährliche Reise zu ersparen und gleichzeitig mit unseren Finanzen verantwortlicher umzugehen.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Damit liegen dem Präsidium keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt mehr vor. Wird Ausschussüberweisung gewünscht?

(Zurufe von der SPD: Nein!)

Das sehe ich nicht, dann kommen wir unmittelbar zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 17/2247 –. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Vielen Dank. Wer ist dagegen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU und der AfD abgelehnt.

Ich rufe nun **Punkt 20** der Tagesordnung auf:

Sicherstellung der Blutversorgung in Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/2255 –

Die Fraktionen haben dem Präsidium mitgeteilt, dass dieser Tagesordnungspunkt ohne Aussprache behandelt werden soll. Wird Ausschussüberweisung gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir unmittelbar zur Abstimmung über diesen Antrag. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Vielen Dank, damit ist der Antrag – Drucksache 17/2255 – einvernehmlich angenommen worden.

Wir kommen nun zu **Punkt 21** der Tagesordnung:

**Notwendige Klarstellung des
Volksverhetzungsparagrafen: Tatbestandserfüllung
auch gegen Deutsche möglich**
Antrag der Fraktion der AfD
– Drucksache 17/2259 –

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Präsidium mitgeteilt worden, dass die Fraktion der AfD diesen Antrag zurückgezogen hat. Die übrigen Fraktionen sind damit einverstanden, dass er somit auch nicht behandelt wird.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung und der dreitägigen Plenarsitzung angelangt. Ich bedanke mich herzlich bei Ihnen und wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg und ein erholsames Wochenende. Die Sitzung ist geschlossen. Auf Wiedersehen!

Ende der Sitzung: 12:13 Uhr